

05
2022

lautstark.

DEIN MITGLIEDERMAGAZIN



MIGRATION UND ANKOMMEN

Vielfalt ein Zuhause geben

A13 FÜR ALLE KOMMT

Forderung der GEW NRW wird endlich umgesetzt

PERSONALRATSARBEIT

Interessierte können sich für Schnupperseminare anmelden

LEHREN IN TEILZEIT

GEW NRW informiert über Regelungen bei Mehrarbeit

GUTER RAT IST NICHT TEUER!



DU LÄSST DICH BERATEN, DIE GEW NRW ZAHLT!

Mitglieder der GEW NRW können die Onlineberatung der Verbraucherzentrale NRW kostenfrei nutzen. Das Angebot beinhaltet Beratung zu Themenbereichen der allgemeinen Verbraucher*innenberatung – Rechtsfragen im Gesundheitswesen sind ausgenommen.

tinyurl.com/verbraucherzentrale-beratung



verbraucherzentrale
Nordrhein-Westfalen

GEW
NRW.

„Unser Land ist für viele neue Heimat geworden, doch deshalb muss niemand seine Wurzeln verleugnen. Denn Heimat, gefühlte und gelebte, die gibt es auch im Plural. Heimat ist kein Mittel zum Zweck der Ausgrenzung. Heimat lädt ein.“

FRANK-WALTER STEINMEIER (2018)

Bundespräsident

Erfahre mehr über die kritische
Debatte rund um den Begriff „Heimat“
ab Seite 8



Migration und Ankommen: Vielfalt ein Zuhause geben

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In einer, in der Vielfalt Normalität ist.

In einer, in der niemand ausgeschlossen wird. In einer, in der Heimat kein begrenzter Ort ist.

Die GEW NRW setzt sich ein für einen rassistuskritischen, diversitätssensiblen Umgang miteinander in unserer Gesellschaft und in unseren Bildungseinrichtungen.

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

08 Heimat – ein belasteter Begriff

Eine diskursive Annäherung

12 Kommen? Gehen? Bleiben?

Migration und Flucht in
Deutschland und der Welt

**14 Ankommen heißt Teilhabe
von Anfang an**

Rahmenbedingungen für
Flüchtlinge verbessern

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

18 Ein großes Plus für alle Schulen

Hohe Hürden für im Ausland
ausgebildete Lehrkräfte

22 Ein zartes Pflänzchen

Rassismuskritische Schule

**26 Ein ungefragtes Geschenk:
die Heimat-Box**

Wieder Heimatkundeunterricht
an Schulen in NRW?

**29 Bildung zwischen
Wollen und Werden**

Frühkindliche Bildung und
Schulsozialarbeit im NRW-
Koalitionsvertrag

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

**33 Z ist nicht zu viel,
sondern das Ziel**

Kommentar: A13 für alle Lehrkräfte

**35 Was gilt für Mehrarbeit bei
Teilzeitbeschäftigung?**

Du fragst, die GEW antwortet

**36 Reinschnuppern in die
Personalratsarbeit**

Seminare der GEW NRW

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

40 Toleranz lernen und leben

Vielfalt als Ressource

**46 Mutig altes Wissen
infrage stellen**

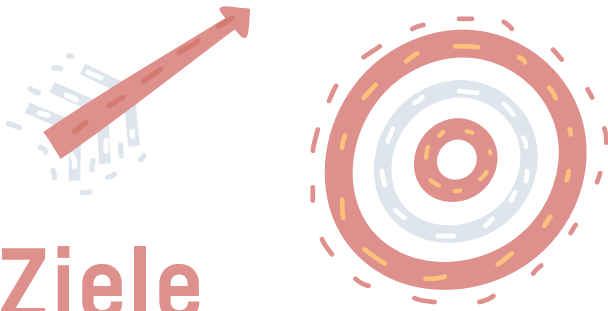
Von der Ausländerpädagogik zur
rassismuskritischen Migrations-
pädagogik

06 Kleine Pause

38 Leser*innenpost

50 Ich bin die GEW NRW!

51 Ausblick & Impressum



Ziele verfehlt!

Die GEW kritisiert die Corona-Aufholprogramme von Bund und Ländern mit Blick auf die aktuelle Studie *Aufholen nach Corona?* scharf. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigten, dass die Programme ihre Ziele in weiten Teilen verfehlten und zudem sozial unausgewogen seien. Unterstützt wurde die Studie von der Max-Traeger-Stiftung der GEW.

Quelle: tinyurl.com/corona-aufholprogramme

Kommunaler Sozial- und Erziehungsdienst REGELUNGEN FÜR DEINE REGENERATIONSTAGE

Im Mai 2022 hatten Gewerkschaften und Arbeitgeber sich auf eine Einigung im Tarifstreit zur Aufwertung des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes geeinigt. Neben festen Zulagen zum Gehalt sind feste und zusätzliche wählbare Regenerationstage Teil der Einigung. Mit den nun abgeschlossenen Redaktionsverhandlungen zum Tarifergebnis für den TVöD steht ein Verfahren fest, wie die Regenerationstage in Anspruch genommen werden können.

Fragen und Antworten zu Regenerationstagen
tinyurl.com/regenerationstage

Im November 2022 erhält den LesePeter das Sachbuch DIE BERÜHMTESTEN DIEBSTÄHLE DER WELT

Soledad Romero Mariño

Illustration von Julio Antonio Blasco

Kleine Gestalten, Berlin 2022, 64 Seiten, ab 10 Jahren

Ob Kunstraub, Bankeinbrüche oder Hackerangriffe – raffiniert ausgeklügelte Diebstähle faszinieren viele Menschen. Neun spektakuläre Fälle der Kriminalgeschichte sind Gegenstand dieses Buches. Im Retro-Zeitungsstil wird anschaulich dargestellt, wie die Dieb*innen vorgegangen sind und wie die Polizei den Täter*innen auf die Spur kam. Viele verblüffende Hintergrundinformationen sorgen für spannende Unterhaltung.

19,90 Euro

Copyright: Illustration von Julio Antonio Blasco aus *Die berühmtesten Diebstähle der Welt*, Copyright Kleine Gestalten 2022



VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

„Will man die Frage nach dem Zusammenhalt einer Gesellschaft in einer Zeit multipler Krisen ernsthaft stellen und will man die Ursachen allgemeiner gesellschaftlicher Verunsicherung ernsthaft angehen, dann ist der Begriff der Heimat dafür denkbar ungeeignet.“

TIM ACKERMANN

Soziologe und Bildungsreferent des DGB-Bildungswerks NRW e. V.

Heimat – ein belasteter Begriff

Heimat ist ein vielfach thematisierter und kontrovers diskutierter Begriff. Tim Ackermann, Soziologe und Bildungsreferent des DGB-Bildungswerks NRW e. V., spürt in seiner Analyse der Bedeutungsgeschichte nach. Er erklärt, von wem der Begriff zu welchem Zweck verwendet wurde und wird, was der Begriff für eine inklusive Migrationsgesellschaft nicht leisten kann, und plädiert für einen kritischen Umgang.



„Die extrem rechte Identitäre Bewegung hat seit 2013 mit Parolen wie ‚Heimatliebe ist kein Verbrechen‘ versucht, ihren völkischen Nationalismus smart und modern zu verpacken und zu verbreiten.“

Der Begriff der Heimat hat seit einigen Jahren wieder Hochkonjunktur. Alles lässt sich damit vermarkten, allem lässt sich damit ein wohliges Gefühl der Geborgenheit anheften. Heimat scheint heute vor allem als Konsumgegenstand aufzutreten. Aber auch die ursprüngliche, in der Romantik entstandene Bedeutung, in der Heimat eine antimoderne Sehnsucht nach überhistorischen und unveränderlichen identitätsstiftenden Bezugspunkten verkörpert, findet sich in heutigen Diskursen wieder. So lassen sich die Umbenennungen von Ministerien in diesem Kontext begreifen – unter der schwarz-gelben Landesregierung wurde in NRW 2017 das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (seit 2022 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung; Anm. d. Red.) neu geschaffen und im Bund erfolgte 2018 unter CSU-Innenminister Horst Seehofer die Umbenennung des Innenministeriums in Bundesministerium des Innern und für Heimat. Mit diesen Umbenennungen wird der Begriff der Heimat zu einer Angelegenheit nationaler Politik mit vielfältigen Auswirkungen. Nicht zuletzt wird das Thema über Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien für die schulische Bildungsarbeit relevant. Dies zeigt sich beispielsweise in der *Heimat-Box* des nordrhein-westfälischen Heimatministeriums, die allen Schulen in NRW kostenlos und ungefragt zugesendet wird.

Heimatbegriff im politischen Mehrheitsdiskurs bestärkt rechte und extrem rechte Positionen und Kräfte

Dabei erfolgte der Aufstieg des Begriffs Heimat nicht zufällig parallel zum sogenannten Rechtsruck der deutschen Gesellschaft, also parallel zum Aufstieg der AfD ab 2013, und beschleunigt sich seit dem verstärkten Zuzug geflüchteter Menschen infolge des Krieges in Syrien seit 2015. Ähnlich wie bei dem gescheiterten Landtagswahlkampf der CSU 2018 in Bayern wird mit der Übernahme des Heimatbegriffs versucht, die Topoi der extremen Rechten – nationale Zugehörigkeit, Tradition, Leitkultur – demokratisch aufzugreifen, sie neu zu besetzen und umzudeuten. Allerdings macht man Rechten das Feld nicht streitig, indem man versucht, sich ihnen anzunähern. Rechten macht man das Feld streitig, indem man ihnen widerspricht. Dies musste auch die CSU feststellen, die 2018 mehr Wähler*innen an DIE GRÜNEN als an die AfD verlor und ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1950 erhielt.

Die Übernahme des Heimatbegriffs in den politischen Mehrheitsdiskurs der deutschen Gesellschaft ist dementsprechend als Ergebnis und Erfolg der Diskursstrategien der populistischen extremen Rechten zu verstehen. Er kann als Folge sowie als Ausdruck einer gestiegenen Diskursmacht rechter und extrem rechter Positionen und Kräfte in der deutschen Gesellschaft gesehen werden.

Die extrem rechte Identitäre Bewegung hat seit 2013 mit Parolen wie „Heimatliebe ist kein Verbrechen“ versucht, ihren völkischen Nationalismus smart und modern zu verpacken und zu verbreiten. Ihr zentraler Slogan „Heimat–Freiheit–Tradition“ stellt die harmlos aussehende Fassade für ihr rassistisches wie völkisches Konzept des Ethnopluralismus dar. Dieses Konzept kann als modernisierte Variante der historischen „Volksgemeinschaft“ des Nationalsozialismus begriffen werden, bei dem der Begründungszusammenhang der „Rasse“ durch den der „Kultur“ ersetzt wurde. Allerdings geht es dabei nicht um einen offenen und pluralistischen Kulturbegriff. Es geht in diesem Kontext um einen geschlossenen, essenzialistischen Kulturbegriff, der die Menschen ebenso unabänderlich bestimmt wie im Konzept von *Blut und Boden*.

Und auch bei der AfD – laut Alexander Gauland die „einzig wahre Heimatpartei“ – konnte Georg Schuppener, Professor an der Universität Ústí nad Labem in Tschechien, bei einer Untersuchung von 18 Wahlprogrammen der AfD zwischen 2016 und 2020 feststellen, dass der Begriff der Heimat als Abwehrbegriff in den rassistischen Konzepten der AfD eine wichtige, wenn nicht gar eine zentrale Rolle spielt. Das vermeintlich Geborgenheit und Identität bietende Heimatkonzept wird in den Vordergrund gestellt, das Abweisen beziehungsweise Fernhalten von Geflüchteten bildet jedoch den Kern der Forderung. Es dient in diesem Bedeutungszusammenhang als Grundlage und Kristallisationspunkt für Rassismus, Ablehnung von Migration und Zurückweisung von Geflüchteten.

»

„Bei den derzeitigen Diskursen zwecks Modernisierung des Begriffs der Heimat unter Berücksichtigung der Realitäten einer interkulturellen Einwanderungsgesellschaft ist Skepsis angebracht.“

Studien belegen die reaktionäre Bedeutung des Heimatbegriffs

Die Bedeutung des Begriffs Heimat war in Deutschland immer eine reaktionäre. Man hat mit ihm versucht, gesellschaftliche Neuerungen und die Zumutungen der Moderne abzuwehren. Diese Bedeutungsgeschichte wird von der extremen Rechten aufgegriffen und haftet dem Begriff an, was sich auch empirisch zeigt. Der *Thüringen-Monitor* – eine Studie zu den politischen Einstellungen der Thüringer*innen, die seit 2000 von der Universität Jena erhoben wird – hatte im Jahr 2018 den Schwerpunkt „Heimat Thüringen“. Hierbei zeigte sich, dass die Thüringer*innen überdurchschnittlich heimatverbunden sind: Während bei einer bundesweiten *Allensbach-Befragung* 77 Prozent angaben, mit ihrer Heimat stark oder sehr stark verbunden zu sein, fanden in Thüringen 96 Prozent der Befragten Heimat eher wichtig oder sehr wichtig. Mit dem Gefühl der Heimatverbundenheit nehmen allerdings auch Tendenzen der Ausgrenzung und des Rassismus zu. Die Autor*innen der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass „Heimatverbundenheit, Vorstellungen von einer exklusiven Gemeinschaft der Ansässigen und Ausgrenzung von ‚Fremden‘ [...] einen Zusammenhang“ bilden. Das wundert nicht, ist doch Sprache, wie wir seit Jahrzehnten aus der soziologischen Forschung wissen, das Koordinatensystem zur Erschließung, Deutung und Bewertung von Realität.

Heimatdebatte trägt zur Entpolitisierung gesellschaftlicher Probleme bei

Die Erfolge der extremen Rechten in Deutschland sowie in diesem Zusammenhang auch der Aufstieg des Heimatbegriffs basieren nicht unwesentlich auf

der Wahrnehmung zunehmender gesellschaftlicher Krisen, auf gesellschaftlichen Desintegrationserfahrungen und damit einhergehenden Unsicherheitsgefühlen bei sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen. Der Diskurs über die Heimat versucht nicht zuletzt, den Begriff als Ressource für Vergemeinschaftung und Zusammenhalt in Stellung zu bringen. Im Kontext der Umbenennung des Innenministeriums hat eben dies Horst Seehofer im April 2018 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) deutlich gemacht: Nation und Leitkultur seien mittlerweile zu „streitbelastet“. Der Heimatbegriff dient mithin als Chiffre. Mit den problematischen Aufladungen der Leitkulturdebatte versehen geht es hier also um Identität, Zugehörigkeit und Anpassung. Nicht nur, aber eben auch im Kontext der Migrationsgesellschaft.

Und wenn wir beim Kontext der Migrationsgesellschaft bleiben, dann stellt sich die Frage, warum zum Teil vor Generationen zugewanderte Menschen hierzulande nun auch noch ein Heimatgefühl entwickeln sollen oder sich damit auseinandersetzen sollen, ob sie gar deren zwei haben (können). Ein Gefühl der Geborgenheit stellt sich ja letztendlich über gelingende Sozialbeziehungen, soziale und ökonomische Sicherheit sowie durch Möglichkeiten der aktiven Aneignung von Gesellschaft, sprich Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten, ein. Lassen sich diese Bedingungen in einer Gesellschaft herstellen, dann kommen Menschen auch in dieser an. Emotional, aber vor allem auch sozial und politisch.

Und diese Grundproblematik ist dem Diskurs um Heimat inhärent. Entscheidend ist, dass sich die Sehnsucht der Menschen nach Geborgenheit aus einer realen Erfahrung speist, und zwar aus einer

der Entfremdung, des Kontrollverlustes und der sozialen Desintegration. Der Begriff der Heimat als Identitätsangebot löst aber die dem Bedürfnis zugrunde liegenden realen Probleme nicht. Vielmehr überdeckt die Heimatdebatte die materiellen Ursachen der Entfremdung und geht einher mit einer Entpolitisierung gesellschaftlicher Probleme. Will man die Frage nach dem Zusammenhalt einer Gesellschaft in einer Zeit multipler Krisen ernsthaft stellen und will man die Ursachen allgemeiner gesellschaftlicher Verunsicherung ernsthaft angehen, dann ist der Begriff der Heimat dafür denkbar ungeeignet. Er trägt geschichtlich nicht nur den Keim der Spaltung in das „Eigene“ und das „Fremde“ mit sich, er stellt schlicht die falschen Fragen.

Gesellschaftliche Herausforderungen brauchen politische und soziale Antworten

Die richtige Frage wäre, wie Menschen sich in einer Gesellschaft sicher und geborgen fühlen können und wie man diese Bedingungen politisch herstellen kann. Da geht es dann eher um Fragen zur Sicherung und zum Ausbau des Sozialstaats, zur Herstellung von Chancengleichheit in der Bildung, Fragen nach der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung von Arm und Reich und zu den Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in ihren sozialen Nahräumen. Ein Begriff, der diese Fragen aufgreift, Menschen auch emotional über vermittelte menschliche Beziehungen ansprechen und für die politische Gestaltung ihrer Lebensbedingungen aktivieren könnte, wäre der Begriff der Solidarität. Da ginge es dann nicht um Herkunft und Orte, sondern um die Menschen, die diese wertvoll machen. Da ginge es nicht um die Bewahrung der Vergangenheit, sondern um die Gestaltung der Zukunft. Derzeit befindet sich der Begriff kaum im diskursiven Angebot. Dies ist charakteristisch für eine „demobilisierte Klassengesellschaft“, wie der Soziologe Klaus Dörre Gesellschaften bezeichnet, in denen Klassenverhältnisse herrschen und soziale Spaltungen zunehmen, zugleich aber abhängig Beschäftigte zunehmend schlecht organisiert und repräsentiert sind. Der Begriff müsste über breite demokratische und inklusive Aushandlungen über die politische Gestaltung einer Gesellschaft, in der wir leben wollen, wieder verankert werden.

Bei den derzeitigen Diskursen zwecks Modernisierung des Begriffs der Heimat unter Berücksichtigung der Realitäten einer interkulturellen Einwanderungsgesellschaft ist Skepsis angebracht. Zum einen verschwinden geschichtliche, sozialisationsbedingt tief in den Menschen und im Diskurs verankerte

reaktionäre Bedeutungskontexte eines Begriffs nicht so einfach. Wenn überhaupt liegt hier die Hoffnung auf den Debatten, die unter Einbeziehung migrantischer Menschen stattfinden. Zum anderen trägt die in den Diskursen um Heimat zu beobachtende Tendenz der individualistischen Umdeutung und Neubesetzung das Problem mit sich, dass man mit einem rein individuell gefüllten oder umgedeuteten Begriff eigentlich gar keine gesellschaftliche Diskussion führen kann. Es reden ja alle über etwas anderes. Kontexte und Bedeutungszusammenhänge – Frames – braucht es, um überhaupt Verständigung in einer Gesellschaft zu erreichen. Diese kann man nicht einfach negieren oder ad hoc neu fassen.

Will man dennoch den Versuch unternehmen, den Begriff Heimat inklusiv und offen umzudefinieren – und im schulischen Kontext scheint es da kaum eine Wahl zu geben –, so wäre die kritische Einordnung des Begriffs und eine Erörterung seiner reaktionären geschichtlichen Aufladungen eine Minimalbedingung des potenziellen Erfolgs dieser Unternehmung. Und vor allem gilt dabei: sich von den Debatten um Heimat, von den gesellschaftlichen Herausforderungen und den nötigen politischen wie sozialen Antworten nicht ablenken zu lassen. Dabei hilft mit Sicherheit ein Wert wie der der Solidarität. Und darüber lässt sich vielleicht auch diskutieren, was das eigentliche Ziel sein müsste: Dass niemand mehr den Heimatbegriff mit seinen Belastungen braucht, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse so sind, dass man – in Anlehnung an Theodor W. Adornos Forderung – „ohne Angst verschieden sein“ kann. //

Tim Ackermann

Soziologe, Bildungsreferent für das DGB-Bildungswerk NRW e. V.
und ehrenamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Kommen? Gehen? Bleiben?

Gewalt, Krieg und Menschenrechtsverletzungen führen in erster Linie zur Flucht innerhalb der betroffenen Länder – und nicht nach Europa.

53,2 Millionen Menschen waren Ende 2021 aufgrund von Konflikten und Gewalt innerhalb ihres Landes auf der Flucht. Syrien, die Demokratische Republik Kongo, Kolumbien, Afghanistan, der Jemen und Äthiopien sind die Länder mit der höchsten Anzahl Binnenflüchtlinge aufgrund von Gewalt, Krieg und Menschenrechtsverletzungen.

Syrien

6.662.000 Binnenflüchtlinge

Demokratische Republik Kongo

5.339.000 Binnenflüchtlinge

Kolumbien

5.235.000 Binnenflüchtlinge

Afghanistan

4.314.000 Binnenflüchtlinge

Jemen

4.289.000 Binnenflüchtlinge

Äthiopien

3.589.000 Binnenflüchtlinge

Quelle: tinyurl.com/binnenfluechtlinge-statista

89,3 Mio.

Menschen waren Ende 2021 weltweit auf der Flucht. Mit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 stieg die Zahl auf über 100 Millionen Menschen an.

430.000

Menschen konnten 2021 in Sicherheit nach Hause zurückkehren – eine Steigerung von 71 Prozent im Vergleich zu 2020. Weltweit sind das allerdings nur 2 Prozent der Geflüchteten.

56.700

Geflüchtete aus 161 Herkunftsländern haben sich schätzungsweise 2021 in 23 Aufnahmeländern eingebürgert.

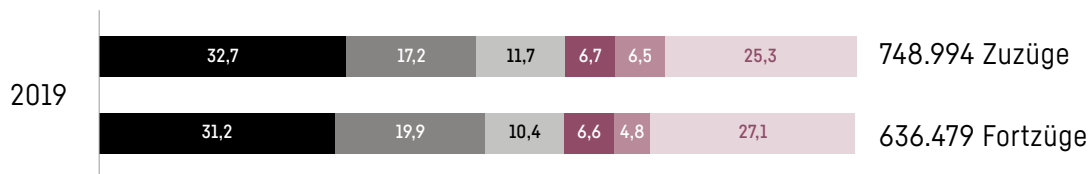
Quelle: tinyurl.com/fluechtlingzahlen-uno



Migration als Normalität

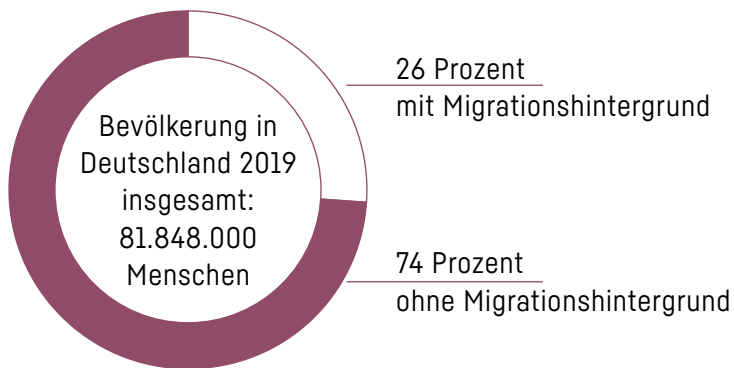
Ein Blick auf die EU-Binnenmigration zeigt, dass es viel Bewegung zwischen den Ländern gibt. Die Zahlen der Zu- und Fortzüge von und nach Deutschland 2019 verdeutlichen beispielsweise, dass der Aufenthalt in einem Land nicht bedeutet, in diesem Land zu bleiben.

Alle Angaben in Prozent; Quelle: tinyurl.com/europa-binnenmigration-bamf



Die Sache mit dem „Migrationshintergrund“

Quelle: tinyurl.com/migrationshintergrund-bamf



Die Mehrzahl der 21,2 Millionen Menschen, die in Deutschland als „Menschen mit Migrationshintergrund“ bezeichnet werden, sind deutsche Staatsangehörige [52,4 Prozent]. Das ist vielen nicht bewusst, zeigt aber deutlich: Die deutsche Gesellschaft ist eine Migrationsgesellschaft. Laut Statistischem Bundesamt hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst- oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.



Ankommen heißt Teilhabe von Anfang an

Flüchtlinge haben den Ort ihrer Heimat verloren. Sie können sich oftmals keinen neuen Wohnort aussuchen, sondern müssen dort leben, wo die Flucht endet. Was hilft, um anzukommen, ist der Zugang zu Arbeit und Bildung. Doch die rechtlichen Hürden sind hoch.

Ankommen beinhaltet insbesondere für Schutzsuchende ein Gefühl der Sicherheit, einen sicheren Ort gefunden und keine Angst vor Verfolgung mehr zu haben, zur Ruhe kommen zu können. Darüber hinaus bedeutet Ankommen in vielen Fällen auch, gesellschaftlich teilzuhaben, unter anderem durch den Erwerb der deutschen Sprache, den Zugang zu Bildungsangeboten, die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sowie durch soziale Kontakte mit der hiesigen Bevölkerung. Um dies zu verwirklichen, sind zunächst die strukturellen Hürden des deutschen Aufnahme- und Asylsystems zu überwinden.

Wohnsituation verhindert selbstbestimmtes Leben

Es beginnt damit, dass Schutzsuchende auch in Deutschland nicht ihren Wohnort wählen können, sondern bundesweit verteilt werden. Ankommensbegünstigende Faktoren, wie beispielsweise verwandtschaftliche Beziehungen, werden außerhalb der Kernfamilie nicht bei der Verteilung berücksichtigt. Wird ein*e Schutzsuchende*r NRW zugewiesen, wird sie*er zunächst auf eine der sechs Erstaufnahmeeinrichtungen und nach ein paar Wochen in eine Zentrale Unterbringungseinrichtung verteilt. Das sind große Sammelunterkünfte mit 350 bis 2.000 Plätzen, in denen es an Privatsphäre mangelt. Die Flüchtlinge werden mit Sach- statt mit Barleistungen versorgt, Kochmöglichkeiten fehlen, die Flüchtlinge verfügen kaum über finanzielle Mittel, es gibt Einlasskontrollen, die räumliche Bewegung ist eingeschränkt und es besteht eine Übernachtungspflicht – kurz: Ein selbstbestimmtes Leben ist unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Leben in der Warteschleife:

Arbeitserlaubnis, Integrationskurs und Asylverfahren

Auch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist nicht sofort möglich. Im laufenden Asylverfahren haben Schutzsuchende in Landesaufnahmeeinrichtungen (LAE) während der ersten neun Monate keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, danach besteht ein Anspruch auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis für einen konkreten Arbeitsplatz. Wird der Asylantrag während des Aufenthalts in einer LAE abgelehnt, gilt eine Wartefrist von sechs Monaten, nach der der*dem geduldeten Schutzsuchenden nach Ermessen der Ausländerbehörde eine Beschäftigungserlaubnis erteilt werden kann.

Zum Erwerb von ersten Deutschkenntnissen werden in den meisten LAE niedrigschwellige Basiskurse angeboten. Der Besuch eines Integrationskurses steht während des laufenden Asylverfahrens derzeit nur Schutzsuchenden aus Afghanistan, Eritrea, Somalia und Syrien offen – und das auch nur theoretisch, denn es besteht kein Anspruch. Zudem mangelt es an Kursplätzen und oftmals auch an Erreichbarkeit von adäquaten Kursangeboten.

In den letzten Jahren wurde die Wohnverpflichtung in LAE immer weiter ausgeweitet, von zuvor maximal drei Monaten auf eine jetzige Höchstgrenze von 24 Monaten. Verbunden damit ist das Ziel, das Asylverfahren während des Aufenthalts in LAE vollständig abzuschließen und möglichst nur „Anerkannte“, also positiv beschiedene Schutzsuchende, den Kommunen zuzuweisen. Abgelehnte Schutzsuchende sollen eigenständig ausreisen oder aus den LAE direkt abgeschoben werden.

Recht auf Bildung wird nicht eingelöst

Unabhängig vom Aufenthaltsstatus müssen Familien mit minderjährigen Kindern allerdings nach spätestens sechs Monaten einer Kommune zugewiesen werden. Auch das ist ein zu langer Zeitraum, denn diese Unterkünfte stehen in vielerlei Hinsicht nicht im Einklang mit dem Kindeswohl.

Während des Aufenthalts in LAE besteht in NRW keine Schulpflicht. Seit 2020 wird sukzessiv in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen ein „schulnahes Bildungsangebot“ eingeführt. Schon theoretisch ist es nicht mit dem Besuch einer Regelschule vergleichbar, unter anderem sind nur zwei Altersgruppen vorgesehen und der gesamte Unterricht soll durch eine Lehrkraft erfolgen. Außerdem fehlt der Kontakt zu hiesigen Gleichaltrigen, ein wichtiger sozialer Faktor des Schulbesuchs, vollständig.

Es hapert zudem an der praktischen Umsetzung dieses Konzepts. Noch immer wird dieses Angebot aufgrund fehlender räumlicher oder personeller Kapazitäten nicht in allen Zentralen Unterbringungseinrichtungen vorgehalten. Infolge der Corona-Pandemie wurde es immer wieder unterbrochen, in Einrichtungen mit vielen Minderjährigen wird zum Teil die Zahl der Unterrichtsstunden auf zwei pro Woche reduziert, um allen Kindern das Angebot überhaupt zu ermöglichen. Die Bildungsbiografie der ankommenden Minderjährigen wird also erst einmal (weiter) unterbrochen. Die Schulpflicht beginnt nach Zuweisung in eine Kommune.

>>

„Ankommen beinhaltet insbesondere für Schutzsuchende ein Gefühl der Sicherheit, einen sicheren Ort gefunden und keine Angst vor Verfolgung mehr zu haben, zur Ruhe kommen zu können. Darüber hinaus bedeutet Ankommen auch, gesellschaftlich teilzuhaben.“



Auch in der Kommune kann der Anspruch auf den Besuch einer Regelschule nicht immer sofort eingelöst werden. Ende August 2022 fehlten über 4.000 Schulplätze für Flüchtlingskinder. Überwiegend werden Flüchtlingskinder zunächst in sogenannten Einsteigerklassen unterrichtet. In der Vergangenheit sind häufig Schwierigkeiten aufgetreten, den Wechsel in eine Regelklasse adäquat zu gestalten. Zudem spielen weitere Faktoren wie die Unterbringungssituation in der Kommune, fehlende Lernorte, die mangelnde digitale Ausstattung und Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern oder Ehrenamtliche eine große Rolle für den Bildungserfolg der Minderjährigen.

Endlich ankommen in der Kommune – so einfach ist es nicht

Tatsächliche Teilhabe beginnt erst in den Kommunen. Auch hier sind die Voraussetzungen nicht immer ideal. Das hängt unter anderem vom Aufenthaltsstatus ab. Während anerkannte Schutzsuchende in die Regelsysteme integriert werden, meist einen Integrationskurs besuchen dürfen und freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben, unterliegen abgelehnte Schutzsuchende vielerlei rechtlichen Einschränkungen. So können sie zum Beispiel von der Kommune verpflichtet werden, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, es können unter Umständen Arbeitsverbote verhängt werden oder es besteht keine Möglichkeit, einen Integrationskurs zu absolvieren – Faktoren, die gesellschaftliche Teilhabe erschweren.

Neben den strukturellen rechtlichen und praktischen Hürden spielt die individuelle Situation von Schutzsuchenden für die Möglichkeit eines wirklichen Ankommens eine große Rolle, zum Beispiel das Alter, der physische und psychische Gesundheitszustand, die Kompetenzen und Kenntnisse oder der Aufenthaltsstatus, unter Umständen eine drohende Abschiebung. Oft verfügen Schutzsuchende nicht über einen Nachweis ihrer beruflichen Kompetenzen oder vorhandene Abschlüsse werden hier nicht beziehungsweise nicht vollständig anerkannt.

Junge Schutzsuchende, die im Alter zwischen 16 und 18 Jahren einreisen, haben häufig nicht die Möglichkeit, einen Schulabschluss zu machen. Obwohl sie schulpflichtig sind, bekommen nicht alle einen (adäquaten) Schulplatz. Bedingt durch die Situ-

ation im Herkunftsland oder auf einer langen Flucht haben sie teilweise lang unterbrochene Bildungsbiografien. Die dadurch entstandenen Lücken können durch den Besuch eines Berufskollegs, das auch einen anderen Bildungsauftrag hat, nicht in allen Fällen behoben werden. Hier gilt es dringend, sowohl Möglichkeiten der Anerkennung beruflicher Kompetenzen als auch Möglichkeiten des Erwerbs eines Schulabschlusses zu erweitern, Letzteres zum Beispiel durch eine Ausweitung der Schulpflicht oder des Schulbesuchsrechts für junge Schutzsuchende.

Hürden abbauen für Teilhabe von Anfang an!

Trotz der beschriebenen Hürden und Hindernisse schaffen es viele Schutzsuchende, sich in Deutschland eine Lebenssituation zu schaffen, die im Verständnis der Politik und weiter Teile der Gesellschaft eine gute Integration darstellt und in der sie selbst ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln können. Sie unterstützen den wirtschaftlichen Wohlstand, wirken dem Arbeitskräftemangel entgegen, verjüngen die Gesellschaft und tragen maßgeblich zu deren Diversität bei. Das gelingt, weil Schutzsuchende in vielen Fällen im Herkunftsland und auf der Flucht Überlebensstrategien und -kompetenzen entwickelt haben, die ihnen auch bei der Bewältigung des Aufnahme- und Ankommensprozesses in Deutschland nutzen.

Es ist nicht nur empfehlenswert, sondern notwendig, bei Schutzsuchenden den Blick nicht nur auf gegebenenfalls vorhandene „Mängel“ zu richten, sondern auch auf deren Potenziale. Der Abbau struktureller Hürden und die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe für alle Schutzsuchenden von Anfang an würden sowohl den Schutzsuchenden als auch der Aufnahmegesellschaft zugutekommen. //

Birgit Naujoks

Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW e.V.

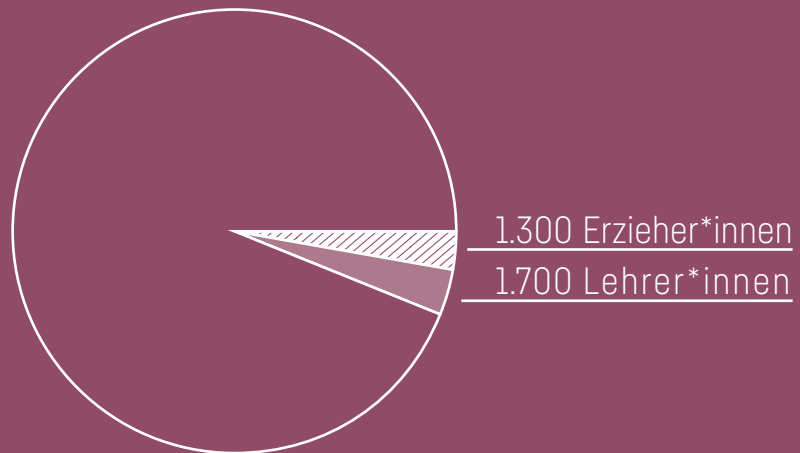
„Es ist nicht nur empfehlenswert, sondern notwendig, bei Schutzsuchenden den Blick nicht nur auf gegebenenfalls vorhandene ‚Mängel‘ zu richten, sondern auch auf deren Potenziale.“

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

46.900

im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse wurden 2021 bundesweit als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt.



Ein großes Plus für alle Schulen



Foto: pexels.com / anastasia shuraeva

Wer in Deutschland mit einem internationalen Lehramtsstudium unterrichten möchte, muss einige Hürden nehmen. Schon die Anerkennung der Abschlüsse kann scheitern. Die Rückkehr an die Schule ist auch mit Berufserfahrung nicht weniger schwer. In NRW sollen Programme wie *Lehrkräfte PLUS* geflüchteten und zugewanderten Kolleg*innen eine Perspektive geben.

„Das Anerkennungsverfahren für internationale Abschlüsse kann Monate dauern und ist für viele zu aufwendig und zu kostspielig. Deine Berufsjahre als Lehrer*in im Ausland werden dabei nicht berücksichtigt“, weiß Zülfü Gürbüz, der im Leitungsteam des LAMDA – des Landesausschusses Migration, Diversity und Antidiskriminierung der GEW NRW – aktiv ist und betroffene Kolleg*innen seit vielen Jahren berät. Er war Lehrer in der Türkei und kam mit 23 Jahren Mitte der 1990er-Jahre in die Bundesrepublik. Aus eigener Erfahrung weiß er, dass die Chancen auf einen positiven Bescheid schlecht stehen. „Knapp 70 Prozent der Antragsteller*innen müssen eine Ausgleichsmaßnahme absolvieren oder noch einmal studieren, um wesentliche Unterschiede auszugleichen. Der Anpassungslehrgang kann bis zu drei Jahre dauern“, sagt Zülfü Gürbüz.

Nur ein Fünftel der internationalen Lehrkräfte darf in Deutschland unterrichten

Ob der ausgebildeten Lehrkraft die Anerkennung am Ende gelingt, ist von vielen Faktoren abhängig, zeigt die Studie *Verschenkte Chancen?! der GEW aus 2021*. Selbst nach Abschluss eines Lehrgangs ist die Quote niedrig. Sie lag zwischen 2016 und 2018 nach GEW-Berechnungen bei neun Prozent, während elf Prozent der Antragsteller*innen eine direkte Anerkennung bekamen. „Ein einheitliches Verfahren existiert nicht. Nach meiner Erfahrung liegt viel im Ermessensspielraum der Sachbearbeitung“, sagt Zülfü Gürbüz.

Bislang können sich jährlich nur 500 voll anerkannte Kolleg*innen mit internationalen Abschlüssen an einer deutschen Schule bewerben. Nach Schätzungen der Bildungsgewerkschaft könnten bis zu 1.375 migrierte Lehrkräfte eine volle Lehramtsbefähigung erhalten und das Potenzial zur Unterrichtsversorgung sei noch größer.

Internationale Lehrer*innen als Bereicherung für alle Klassenzimmer und Kollegien

Das Netzwerk *Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte NRW* schätzt die Anzahl der Lehrer*innen mit internationaler Familiengeschichte an nordrhein-westfälischen Schulen auf rund

zehn Prozent. Laut *IT.NRW* haben demgegenüber 40 Prozent der Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen eine Zuwanderungsgeschichte, an Grundschulen sind es sogar 45 Prozent. „Lehrkräfte aus ganz unterschiedlichen Ländern sind eine Bereicherung für jede Schule. Sie können viel bewirken: bei den Schüler*innen, in der Elternarbeit, in den Lehrer*innenzimmern“, davon ist Annika Simon überzeugt. Als Projektkoordinatorin begleitet sie internationale Lehrkräfte mit Fluchtgeschichte im Programm *Lehrkräfte PLUS*, das Ende 2017 in einer Kooperation der Mercator Stiftung und der Bertelsmann Stiftung, des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSB NRW) und der Landeskoordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren (LaKI) gestartet ist.

Im Büro von Annika Simon an der Professional School of Education der Ruhr-Universität Bochum laufen alle Fäden zusammen: „Bei uns gehen die Bewerbungen ein, wir koordinieren den Bewerbungsprozess und das gesamte Programmjahr und arbeiten eng zusammen mit drei Bezirksregierungen, mit dem Institut für Deutsch als Fremdsprache und allen relevanten Fachdidaktiken.“ Außerdem steht Annika Simon als Kursleiterin für die pädagogisch-interkulturelle Qualifizierung vor den Teilnehmenden und ist zusammen mit einer Kollegin Ansprechperson für ganz individuelle Fragen. „Wir unterstützen bei Umzügen und der Suche nach einer Kita oder Schule. Wir helfen bei der Kommunikation mit Ämtern und beraten beim Berufseinstieg“, erzählt sie. Das große Engagement des Teams kann Teilnehmerin Rahime Sayin nur bestätigen. Die Biologielehrerin musste nach dem gescheiterten Putsch 2016 und den verheerenden Folgen für den öffentlichen Dienst aus der Türkei flüchten. Seit 2018 ist sie in NRW und möchte wieder in ihrem Beruf arbeiten: „Lehrerin zu sein bedeutet viel für mich. Es ist meine Berufung“, erzählt sie.

Lehrkräfte PLUS bringt internationale Lehrer*innen direkt in den Unterricht

Lehrkräfte PLUS besteht aus vier Programmelementen, die die Teilnehmenden im Laufe eines Jahres durchlaufen: Die Lehrer*innen absolvieren einen Intensivkurs für Deutsch als Fremdsprache und starten parallel dazu ihre pädagogisch-interkulturelle Qualifizierung. „Hier bieten wir den Teilnehmenden spezifisch auf ihre Bedarfe zugeschnittene Kurse an. Wir vermitteln die Besonderheiten des Schulsystems in NRW sowie pädagogische und didaktische Kenntnisse. Dabei möchten wir alle Teilnehmer*innen ermutigen und befähigen, ihren Unterricht eigenständig zu planen und durchzuführen“, erklärt Annika Simon. Fachlich-fachdidaktische Seminare runden das Programm ab. Die internationalen Lehrkräfte werden darin für ihr Unterrichtsfach weitergebildet.

>>

Rahime Sayın hat die Prüfungen gerade hinter sich. Jetzt, im zweiten Halbjahr des Programms, gehen die Teilnehmenden für drei Tage in der Woche fünf Monate lang ins Schulpraktikum. „Ohne *Lehrkräfte PLUS* hätte ich diese Möglichkeit gar nicht“, erzählt die Biologielehrerin. „Für mich ist die Erfahrung im Unterricht und mit den anderen Lehrkräften sehr wichtig. Ich bekomme so ein Gefühl für die deutsche Schule.“

An fünf NRW-Standorten kann das Programm *Lehrkräfte PLUS* jeweils 25 Teilnehmer*innen einen Platz anbieten. Die hohen Bewerbungszahlen spiegeln das große Interesse wider: Zehnmal so viele Bewerbungen gehen in Bielefeld, Bochum, Köln, Siegen und Duisburg-Essen ein. Dabei sind die letzten drei Standorte erst 2020 hinzugekommen, als der *Verein Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)* die Finanzierung übernahm. „Die Förderphase des *DAAD* endet dieses Jahr. Wir sind sehr optimistisch, dass unser Programm verlängert und ab Januar 2023 direkt über das Ministerium für Kultur und Wissenschaft in NRW gefördert wird“, erzählt Annika Simon. Das sei ein wichtiges politisches Zeichen und bedeute für das Programm bis 2027 mehr Planungssicherheit als im bisherigen Zweijahresrhythmus.

Perspektiven für die Teilnehmer*innen nach *Lehrkräfte PLUS*

Nach *Lehrkräfte PLUS* können sich die Teilnehmer*innen im Anschlussprogramm *ILF – Internationale Lehrkräfte Fördern* weitere zwei Jahre für ihren Berufseinstieg in Deutschland qualifizieren. Im Rahmen des *ILF*-Programms, das von den Bezirksregierungen koordiniert wird, werden die Lehrkräfte mit 17 Stunden an Schulen angestellt. Finanziert werden diese Stellen durch das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Allerdings könne auch das *ILF*-Programm lediglich eine Brücke sein, sagt Annika Simon: „Beide Angebote ermöglichen nicht automatisch einen langfristigen Einstieg in den Schuldienst. Nach meiner Erfahrung bleiben Schulleitungen aber dran, wenn sie für Teilnehmende aus unserem Programm einmal einen Praktikumsplatz geschaffen und Mentor*innen dafür ausgebildet haben. Sie haben ein Interesse daran, die Lehrer*innen zu halten. Aus ganz unterschiedlichen Gründen.“

Der Lehrkräftemangel ist sicher einer davon, das große Plus für die Schulen sei davon aber unabhängig: „Besonders unter den Aspekten der Diversität an Schulen, der Internationalisierung und Mehrsprachigkeit, neuer Berufsbiografien und Lehrpersönlichkeiten sind internationale Lehrer*innen mit und ohne

Fluchtgeschichte ein Gewinn“, ist sich die Projektkoordinatorin sicher. So verfolge das Projekt auch das gesellschaftspolitische Ziel, kollektiv geteilte Normalitätsvorstellungen über stereotype Rollen, Aufgaben und Biografiemuster im Lehrberuf zu relativieren und neue Perspektiven auf Ausbildungswegen und Berufsbiografien zu eröffnen.

Rahime Sayın möchte für sich herausfinden, ob sie dem Lehrberuf in einem anderen Land gewachsen ist. Die Sprache zu beherrschen ist für sie das Wichtigste: „Ich kann alles auswendig lernen für meinen Unterricht. Aber für die Schüler*innen möchte ich eine gute Atmosphäre schaffen. Also muss ich noch besser Deutsch können.“ Im *ILF*-Programm plant die Biologielehrerin, ihre Kenntnisse zu festigen, bevor sie entscheidet, ob sie sich auf eine Stelle an einer Schule bewirbt.

Absolvent*innen des Programms *Lehrkräfte PLUS* können sich auch direkt auf ausgeschriebene Vertretungsstellen oder auf für den Seiteneinstieg geöffnete Stellen bewerben. „Anschlussperspektiven ins Berufsleben werden frühzeitig mitbedacht“, erklärt Annika Simon. „Wir arbeiten schon bei der Auswahl der Teilnehmer*innen mit den Bezirksregierungen zusammen. Sie vermitteln Praktikumschulen für unser Programm, sodass optimalerweise eine spätere Anstellung an dieser Schule eröffnet werden kann.“

Gleichberechtigung und Standards können Diskriminierung langfristig vorbeugen

Rahime Sayın hat im *ILF*-Programm Lehrer*innen aus unterschiedlichen Ländern kennengelernt: „Wir haben oft in Gruppen gearbeitet. Dabei haben wir Toleranz und Respekt füreinander gelernt. Das hat meinen Horizont erweitert.“ Für alle sei *Lehrkräfte PLUS* eine große Chance, wieder in ihrem Beruf arbeiten zu können. „Viele meiner Bekannten wären auch gerne dabei. Sie haben keinen Platz bekommen“, erzählt sie.

Das sei auch einer der Kritikpunkte der GEW NRW, sagt Zülfü Gürbüz: „Das Land muss mit mehr Mitteln für *Lehrkräfte PLUS* und *ILF* zusätzliche Plätze schaffen sowie bessere Perspektiven für die Einstellungen im Schuldienst anbieten. Und es müssten mehr Unterrichtsfächer pro Standort abgedeckt werden.“ Generell befürworte die Bildungsgewerkschaft die Initiativen, sie sehe aber Verbesserungsbedarf bei den Kosten und der Dauer: „Für die Teilnehmer*innen dürfen keine Kosten entstehen. Auch wenn es nur der Semesterbeitrag der Uni ist, stellt er für manche Kolleg*innen eine Hürde dar. Die Fördermöglichkeiten

müssen klarer kommuniziert werden. Das fängt schon beim Anerkennungsverfahren an: Dafür gibt es einen Zuschuss auf Bundesebene.“

In einem Antrag beim Gewerkschaftstag der GEW NRW 2022 stellt der LAMDA weitere Forderungen: Die Berufserfahrung der internationalen Lehrkräfte müsse großzügig berücksichtigt werden und das Sprachniveau C1 grundsätzlich als Sprachqualifikation für das Anerkennungsverfahren und die Einstellung von Lehrkräften ausreichen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Änderung im Schulgesetz aus dem Jahr 2020, das nun die Gleichbehandlung von Hochschulabschlüssen in und außerhalb der Europäischen Union festlegt. „Dafür hat sich die GEW NRW schon lange eingesetzt. Nur mit Gleichberechtigung und Standards für alle können wir Diskriminierung langfristig vorbeugen“, ist sich Zülfü Gürbüz sicher. Hoffnung mache in jedem Fall auch, dass die neue NRW-Landesregierung das Thema in ihrem Zukunftsvertrag aufgegriffen hat: „Wir wollen eine Arbeits- und Fachkräfteoffensive einleiten. Dazu gehört eine unbürokratische und schnelle Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen.“

Im Schnitt sind die teilnehmenden Lehrer*innen im Programm *Lehrkräfte PLUS* 35 Jahre alt. „Sie möchten sich beruflich nicht neu orientieren. Warum sollten sie auch? Sie bringen reichlich Unterrichtserfahrung und Kompetenzen mit. Der Lehrkräftemangel spielt unserem Projekt aktuell natürlich in die Karten. Ich bin aber überzeugt, dass die Förderung und Fortbildung internationaler Lehrer*innen auch dann weitergeführt werden muss, wenn es nicht mehr nur um das Besetzen von Stellen geht“, betont Annika Simon. //

Sherin Krüger
freie Journalistin

+++

**GEW-Studie Verschenkte Chancen?!
Die Anerkennungs- und Beschäftigungs-
praxis von migrierten Lehrkräften
in den Bundesländern**
gew-nrw.tiny.us/studie-erkennung

**Lehrkräfte PLUS NRW: Alle Infos zum
Programm an fünf Standorten**
lehrkraefteplus-nrw.de

**Alle Infos zum Qualifizierungsprogramm
ILF – Internationale Lehrkräfte Fördern**
tinyurl.com/internationale-lehrkraefte

**Netzwerk Lehrkräfte mit
Zuwanderungsgeschichte NRW**
lmz-nrw.de

**Deutscher Akademischer Austauschdienst
(DAAD)**
daad.de

Ein zartes Pflänzchen

Wie können Schulen zu diversitätssensiblen und rassismuskritischen Orten werden? Darüber haben wir mit Bildungs- und Rassismusforscher Professor Dr. Karim Fereidooni gesprochen. Er erklärt, welche individuellen sowie strukturellen Maßnahmen für die Veränderung notwendig sind.

Haben unsere Schulen ein Rassismusproblem?

Karim Fereidooni: Ich würde nicht von einem Rassismusproblem sprechen, sonst würde man Rassismus nur anlassbezogen thematisieren. Es geht mir nicht darum, Schulen als rassistisch zu brandmarken. Überall, wo Menschen zusammenkommen, spielt Rassismus eine Rolle. Rassismus muss vielmehr immer mitbedacht werden, wenn Unterricht durchgeführt wird und wenn Schulbücher entwickelt werden. Rassismus ist ein Strukturierungsmerkmal unserer Gesellschaft. Deshalb müssen sich Lehrer*innen proaktiv damit beschäftigen.

Wie steht es um unsere Schulen mit Blick auf einen rassismuskritischen Umgang?

Karim Fereidooni: Nach wie vor wird der Mehrwert der Rassismuskritik nicht von allen Lehrer*innen oder Lehrerausbilder*innen erkannt. Rassismuskritik ist ein zartes Pflänzchen, aber es wächst und gedeiht. Die Sensibilität

dafür hat zugenommen. Aber immer noch glauben viele Schulen, bei ihnen gibt es keinen Rassismus. Ich wünsche mir ein unaufgeregtes Reagieren. Genauso wie Lehrer*innen in der Lage sein sollten, individuell zu fördern, sollten sie auch Rassismus kritisch im Blick haben. Dabei müssen sie sich vier Fragen beantworten: Was hat Rassismus mir beigebracht, obwohl ich nicht rassistisch sein will? Was passiert Rassismusrelevantes in meinem Klassenraum und Lehrer*innenzimmer? Inwieweit reproduzieren meine Schulmaterialien rassismusrelevante Wissensbestände? Was muss ich tun, um meine Schule rassismuskritisch aufzustellen?

Wie können sich Lehrer*innen selbst bei diesem Thema weiterentwickeln?

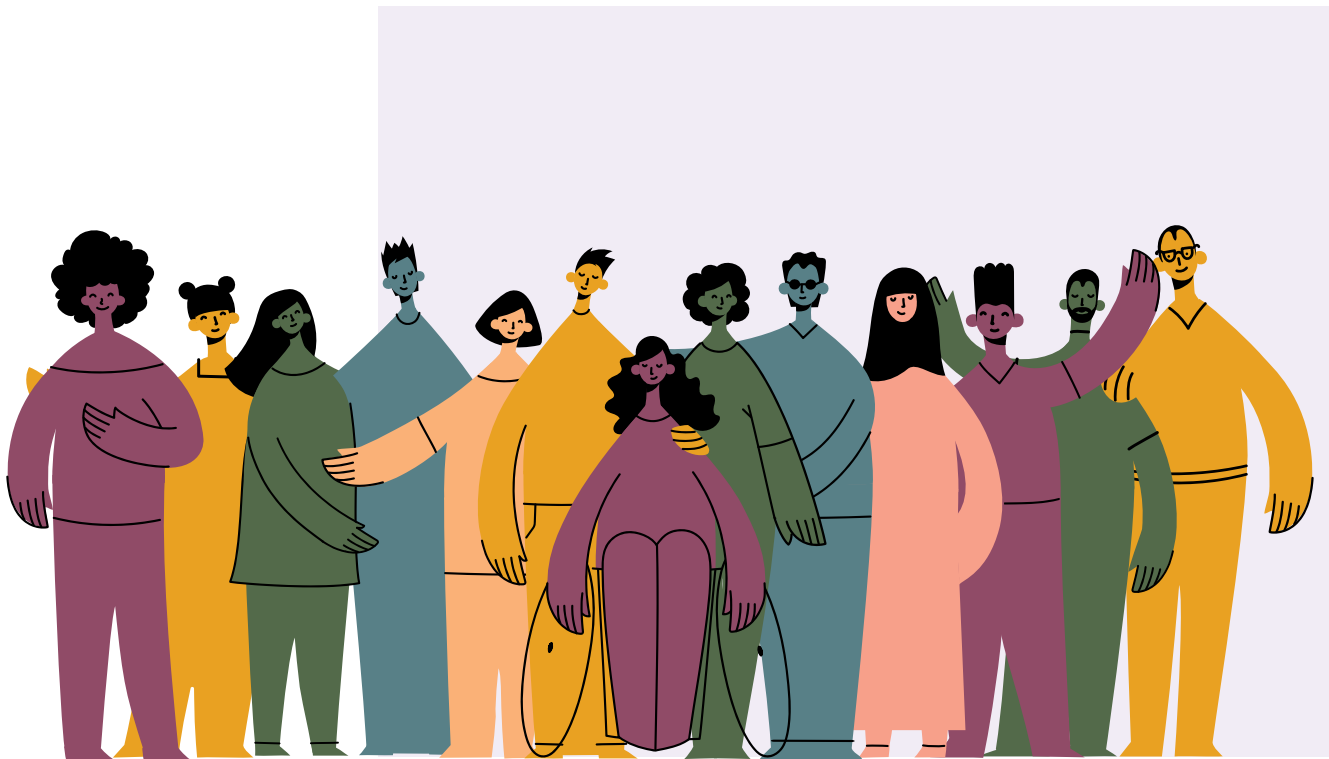
Karim Fereidooni: Um die vier Fragen zu beantworten, braucht man die Analysebrille der Rassismuskritik. Diese „Brille“ aufzusetzen kann man lernen, das sollten Lehrer*innen in der ersten und zweiten Phase der Lehrer*innenausbildung tun, weil das eine überfachliche Kompetenz ist. In dem Buch *Rassismuskritische Fachdidaktiken* können sich Lehrer*innen rassismuskritische Unterrichtsreihen anschauen, um eigene Materialien zu entwickeln. Lebenslanges Lernen sollten Lehrer*innen nicht nur in Bezug auf Schüler*innen, sondern auch auf sich selbst anwenden. Rassismus zu erlernen ist leicht und geschieht automatisch. Rassismus zu verlernen ist hingegen ein aktiver Prozess, für den sich Lehrer*innen tagtäglich entscheiden müssen. Dieser Weg ist lohnenswert. »

KARIM FEREIDOONI

ist Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum. Er hat Angela Merkels Regierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beraten und berät das Innenministerium im Unabhängigen Expert*innenkreis Muslimfeindlichkeit.



Foto: Nils vom Lande



RASSISMUSKRITISCHE FACHDIDAKTIKEN

Karim Fereidooni, Nina Simon

2022, 537 Seiten, ISBN: 978-3-658-37167-8, 79,99 Euro

„Wir brauchen für die aktuellen Herausforderungen multiprofessionelle Teams, um die Kompetenzen von Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und außerschulischen Partner*innen zu bündeln.“

Können Sie Beispiele für diesen Rassismus im Schulalltag nennen?

Karim Fereidooni: Bewerte ich das Diktat von Murat schlechter als das von Maximilian? Wen fördere ich und wen nicht? Wem traue ich zu, gute Noten zu schreiben, und wem nicht? Wer wird als Macho wahrgenommen und wer nicht? Wer wird als Gefahr für unsere Demokratie betrachtet? Wer sind gleichberechtigte Kolleg*innen und wer nicht? Wer wird als Vorgesetzte*r akzeptiert? Rassismus tritt häufig in Entscheidungssituationen zutage.

Wie sollte Rassismuskritik als Querschnittsthema im Unterricht behandelt werden?

Karim Fereidooni: Man kann das als Thema im Unterricht in allen Fächern behandeln. Beispielsweise sollten Lehrer*innen vermeiden, Schüler*innen rassistische Statistiken oder Textpassagen zur Bearbeitung zu geben. Eine Kompetenz ist auch, Rassismus im Schulbuch zu erkennen und dann andere rassismuskritische Materialien auszuwählen.

Lehrer*innen sollten auch mit ihren Schüler*innen über ihre Rassismuserfahrungen sprechen. Sie sollten stär-

ker als bislang der Fall die Sorgen und Lebensrealitäten ihrer Schüler*innen ernst nehmen. Pädagog*innen müssen sensibel sein für eine Lebensrealität, die nicht die eigene ist. Es geht zudem auch um handfeste Kompetenzen, sich fachlich über Rassismuskritik zu informieren. Wichtig ist die Frage, wie und zu welchem Zweck wurden Menschen zu fremd- und andersartigen Wesen gemacht? Welche Folgen hat das für die Gesamtgesellschaft? Daraus kann man dann auch Ableitungen in die jeweiligen Fächer machen.

Welche diversitäts- und migrationsbedingten Anforderungen gibt es an Schulen in einer inklusiven Migrationsgesellschaft?

Karim Fereidooni: Individuelle Maßnahmen der Lehrkräfte müssen immer flankiert werden von strukturellen Maßnahmen des Schulwesens. Das Schulwesen verlangt viel Unmögliches von Lehrkräften, etwa zehnjährige Kinder nach der vierten Klasse zu separieren und zu entscheiden, wer Akademiker*in wird und wer nicht. Wir brauchen für die aktuellen Herausforderungen multiprofessionelle Teams, um die Kompetenzen von Lehrer*innen,

Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und außerschulischen Partner*innen zu bündeln. Das ist in vielen Schulen nicht der Fall. Es wird von Lehrkräften viel verlangt, aber Lehrer*innen haben bislang weder die Zeit noch die Kompetenz, diversitätssensibel zu agieren.

Sinnvoll wäre es auch, mitgebrachte Sprachen im schulischen Unterricht zu nutzen. Ich erfahre aber oft an Schulen, dass verboten wird, auf dem Schulhof eine andere Sprache außer Deutsch zu sprechen. Das ist falsch. Das behindert die Entwicklung von Kindern.

Rassismuskritik ist nicht nur wichtig an Schulen mit hohem Anteil von Kindern mit sogenanntem Migrationshintergrund. Das Thema spielt überall eine Rolle. Zudem: Die Lehrer*innenzimmer sind kein Spiegelbild unserer Gesellschaft und es gibt wenig Schulleitungen of Color oder Schwarze Schulleitungen.

Was muss sich dazu konkret in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung ändern?

Karim Fereidooni: Es müssen Professorensuren geschaffen werden, die sich mit der rassismuskritischen Lehrer*innenaus- und -fortbildung beschäftigen, wie

etwa rassismuskritische Inklusionsforschung, rassismuskritische Fachdidaktiken, rassismuskritisches Lehren und Lernen. Lehrkräfte müssen Rassismuskritik als Professionskompetenz begreifen. Hierfür ist aber eine grundlegende rassismuskritische Aus- und Fortbildung notwendig. Bislang fehlen diese Angebote an vielen Standorten und angehende Lehrer*innen müssen sich diese Kompetenzen im Selbststudium aneignen.

Des Weiteren müssten alle Lehrkräfte die Möglichkeit haben, Fortbildungen zu besuchen. Viele Schulleitungen geben ihnen dafür aber nicht frei, weil sie Angst haben, dass Unterricht ausfällt. Fortbildungen sind aber wichtig, um Maßnahmen für eine diversitätssensible Schulkultur zu entwickeln. Zudem muss sich an Fortbildungen ein Organisationsentwicklungsprozess anschließen, der schulische Aspekte unter die Lupe nimmt. Wer wird eingestellt? Gibt es eine Steuerungsgruppe für diese Themen? Wissen Schüler*innen, an wen sie sich wenden können, wenn sie von Rassismus betroffen sind?

Es sollten regelmäßige Fortbildungen stattfinden, damit die Maßnahmen Früchte tragen. Analog zu Ärzt*innen, die Fortbildungspunkte sammeln müssen, sollte es das auch für Lehrer*innen geben, mit entsprechender finanzieller Ausstattung, um die Fortbildungen anzubieten.

Welche Kriterien sollte eine rassismuskritische Fachdidaktik erfüllen?

Karim Fereidooni: Es geht darum, erst mal anzuerkennen, dass es Rassismus gibt. 80 Prozent der Lehrer*innen, die ich treffe, sagen: „Bei uns gibt es so was nicht!“ Es geht um die Anerkennung und die fachwissenschaftliche

Beschäftigung mit dem Thema, um fachdidaktische Bezüge herstellen zu können.

Standpunktreflexivität heißt, meine Lebensrealität zu erkennen: Erfahre ich Rassismus? Bin ich privilegiert? Was ist mit den Menschen in meinem Umfeld? Das rassistische Wissen ist ebenso erworben wie das grammatikalische, pädagogische und wirtschaftliche Wissen eines Menschen. Es existiert nicht qua Geburt, sondern qua Sozialisation. Und das beginnt schon bei Kleinkindern. //

Die Fragen stellte Simone Theyßen-Speich.

Diplom-Journalistin

VERANSTALTUNGSREIHE ZU KLASSISMUS UND RASSISMEN

Unter dem Titel *Klassismus und Rassismen intersektional denken und bearbeiten – aber wie?* bietet das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismearbeit (IDA) e. V. aktuell eine Fachveranstaltungsreihe für die Jugendverbands- und -bildungsarbeit an. Grundlage ist der im Herbst erscheinende IDA-Reader, in dem die Intersektion von Klassismus und Rassismen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie die Herausforderungen für die Jugend(verbands)arbeit thematisiert werden. Termine zu den Onlineveranstaltungen finden noch im November und Dezember 2022 statt.

Hier gehts zur Anmeldung

tinyurl.com/fachveranstaltungsreihe

Ein ungefragtes Geschenk: die *Heimat-Box*

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBD) hat zum 75. Geburtstag von NRW die *Heimat-Box: Entdecke, was Dich umgibt – 100 Möglichkeiten der Spurensuche* herausgegeben. Wir haben einen kritischen Blick auf die Materialien und ihre Einsatzmöglichkeiten im Unterricht geworfen.



Die Konzeption der *Heimat-Box* beruht laut Beschreibung auf einem fachlichen Dialog mit „Heimataktiven“ und Expert*innen im Feld. Die Box zeigt, so das Vorwort, „was Heimat ausmacht und wie sie mit jungen Menschen erlebt und gestaltet werden kann“. Die zuständige Ministerin, Ina Scharrenbach, wünscht „allen Heimat-Aktiven vor Ort noch viele weitere Ideen“. Die *Heimat-Box* wurde im Oktober 2021 mit Unterstützung des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) allen Schulen in Nordrhein-Westfalen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Heimatkunde – gibt es das in NRW?

Themen und Umsetzung orientieren sich laut Beschreibung unter anderem an den schulischen Lehrplänen. Jedoch kommt beispielsweise in den aktuellen Grundschullehrplänen das Wort Heimat gar nicht vor. Nach 1945 blieb Heimatkunde – trotz seiner ideologiekonformen Nutzung in der NS-Zeit – zunächst als Unterrichtsfach in der Grundschule erhalten. Konzeptionell durchzogen den Lehrplan seinerzeit zwei Traditionslinien, die je nach Gewichtung dem Unterricht eher die Konturen eines Sach- oder eines Gesinnungsfaches verliehen. Letzteres hatte die Aufgabe, eine gefühlsintensive Bindung, so etwas wie „Heimatliebe“, zu fördern. Sie fand sich noch bis Ende der 1960er-Jahre als bildungsrelevanter Wert in den Lehrplänen. Schließlich wurde das Fach in „Sachunterricht“ umbenannt. Aktuell gibt es im Fächerkanon der Grundschule in Bayern und Thüringen „Heimatunterricht“ mit entsprechender Bezeichnung.

Was ist Heimat?

Eine Definition von Heimat fehlt in der Box. Das ist nicht überraschend. Das Heimatministerium hat bereits in der letzten Legislatur in den „Grundsätzen der Heimatpolitik“ konstatiert, dass eine Definition von Heimat nicht zielführend sei. Aber so viel doch: „Heimat schließt alle ein. Es ist ein inklusiver Begriff, der bewusst offen verwendet wird.“ Diese Aussage steht allerdings in Widerspruch zur historischen Begriffsentwicklung und zu sozialwissenschaftlichen Analysen (→ Seite 8 bis 11). Und gerade weil Heimat ein widersprüchlicher Begriff ist, mit dem wir bestimmte Diskurse und Werte transportieren, braucht es mehr als nur das Bekenntnis zur Begriffsoffenheit.

Wie dem Heimatbegriff auf die Spur kommen?

Kritische Fragen können hierbei helfen: Wie wird von wem, mit welcher Absicht und in welchem Kontext Heimat in einem Material verwendet? Wie viel gewinnt oder verliert ein Thema, wenn explizit auf den Begriff Heimat Bezug genommen wird? Wie stellt sich bei dem verwendeten Heimatbegriff das Verhältnis von Besonderheit zu Differenz, von Vielfalt zu Homo-

genität, von Herkunft zu Zugehörigkeit und vom Lokalen und Nationalen zum Globalen dar? Wird Heimat im Zusammenhang mit der Vorstellung einer gerechten und würdigen Zukunft für alle Menschen verfolgt oder national verengt gedacht?

Was steckt in der *Heimat-Box*?

Umso spannender ist das Bemühen, den Heimatbegriff über didaktisch-methodisch ansprechendes Material an Schulen zu platzieren. Auf 59 Karteikarten werden unter vier Schwerpunkten handlungsorientierte und abwechslungsreiche Vorschläge für die pädagogische Arbeit mit Kindern im Alter von drei bis zwölf Jahren in Schule sowie in Kita und Verein gemacht.

Die zahlreichen Themen in der Box sind nicht neu; sie sind Gegenstand des Lehrplans Sachunterricht und finden sich in gängigen Unterrichtsmaterialien. So geht es in den Materialien um die Vielfalt von Tieren, Pflanzen und Menschen in NRW, um die lokale und regionale Architektur, um Sprache und Dialekte, Bräuche und Traditionen, um Wasserstraßen, Landwirtschaft, Handwerk, um früher und heute, um nur einige der Themenkarten hervorzuheben. Tatsächlich neu ist, diese Themen konsequent unter den identitätsbildenden Begriff der Heimat zu stellen, der regionale Identität und eben Heimatverbundenheit stärken soll.

Taugt die *Heimat-Box* als Orientierung für den Unterricht?

Die *Heimat-Box* wird dem Alltag von vielen Kindern nicht gerecht, denn insgesamt präsentiert sie einen positiv verklärenden, teilweise romantisierenden Blick auf NRW beziehungsweise auf Heimat. Die großen sozialen Unterschiede im Land, Ausgrenzung und Diskriminierung sind kein Thema in der *Heimat-Box*. Aber gerade zu gesellschaftlich schwierigen Themen fehlen für die Arbeit mit Kindern oft didaktisch-methodisch aufbereitete Materialien. So böte nicht nur die Karteikarte *Straßennamen erzählen Geschichten* die Gelegenheit, die kolonialen oder nationalsozialistischen Sedimente deutscher Geschichte deutlich zu benennen, zu adressieren und methodische Schritte zur Reflexion anzubieten.

Wir können davon ausgehen, dass gesellschaftliche und globale Umwälzungen bei jungen Menschen präsenter sind denn je. Flucht, Armut, Klimakatastrophen, Krieg und die Corona-Pandemie berühren auch ihr Leben. Auch Kinder müssen sich mit einer widersprüchlichen und irritierenden Lebenswelt auseinandersetzen. Die Chance, diese Auseinandersetzung pädagogisch zu begleiten und damit Kinder als politische Menschen ernst zu nehmen und sie in ihrem Engagement für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft zu stärken, wird mit der Ausblendung gesellschaftlich kritischer Themen in der Box vertan. >>

Prägend für die Box ist stattdessen eine national verengte Vorstellung von Heimat. Migration und ihr Einfluss auf die Gesellschaft im Einwanderungsland NRW beziehungsweise die Wechselseitigkeit von Integrations- und Ankommensprozessen erhalten im Material einen unbedeutenden Stellenwert. So fordert etwa die Karteikarte *Tradition mit dem Geschmack der neuen Heimat* dazu auf, gemeinsam Hummus zu kochen, um „die verschiedenen kulturellen Einflüsse auf die kulinarische Vielfalt“ zu ergründen. Dies erinnert an Traditionen eines verkürzten Verständnisses interkultureller Pädagogik, das Trennendes betont, statt Gemeinsamkeiten zu suchen. Was vielleicht empowernd gedacht ist, erzeugt vor allem Andersartigkeit. Überdies lässt sich mit einem Multikulti-Frühstück Ausgrenzung nicht wirklich begegnen. Das Verbindende zwischen den Kulturen schließlich im Brieftaubenwesen herzustellen, schmerzt. Auf einer Karteikarte heißt es: Da Brieftauben „in vielen Kulturen eine große Bedeutung haben, bieten sie vielen Züchterinnen und Züchtern mit Einwanderungsgeschichte gleichzeitig eine Möglichkeit zur Integration sowie eine Erinnerung an ihre Heimat.“

Wiederbelebung eines Gesinnungsfachs?

Insgesamt kann gesagt werden, dass das Produkt einen Richtungswechsel beim Umgang mit dem Heimatbegriff an Schulen in NRW markiert. Offensichtlich soll Heimat in ein positives Licht gerückt und mit den Aktivitäten eine enge, emotionale Verbindung zu ihr hergestellt werden. Das zumindest liegt nahe, wenn man die Box und ihren Themenzuschnitt betrachtet. Es stellt sich die Frage: Ist das Geschenk zum 75. Geburtstag von NRW tatsächlich auch ein Geschenk für Schulen in einer von Migration und Vielfalt geprägten Gesellschaft in Zeiten globaler Herausforderungen? Oder ist es eher ein geheimer Lehrplan Heimatkunde, um das Gesinnungsfach wiederzubeleben? //

Dr. Bettina Heilmann

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage beim DGB-Bildungswerk NRW e. V.

9. bis 10. Dezember 2022

**ONLINE-TAGUNG: BILDUNG IN DER
MIGRATIONSGESELLSCHAFT –
WEITER DENKEN UND GESTALTEN!**

Die GEW lädt interessierte Mitglieder aus allen Bildungsbereichen ein zu einer digitalen Aktiven- und Vernetzungstagung am 9. und 10. Dezember 2022.

Neben Fachbeiträgen bietet die Online-Tagung Workshops an, in denen Aspekte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen, zum Umgang mit migrationsbedingter Mehrsprachigkeit und (rassistischen) Diskriminierungen sowie zur Anerkennung im Ausland ausgebildeter Kolleg*innen vertieft werden. Ziel ist, Handlungsperspektiven für mehr Chancengleichheit von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte im Bildungssystem zu erörtern sowie entsprechende GEW-Aktivitäten zu stärken.

Mehr Infos zur Tagung

[gew.de/VS-Bildung-Migration](https://www.gew.de/VS-Bildung-Migration)



Bildung zwischen Wollen und Werden

Wie sind die Aussichten für frühkindliche Bildung und die sozialpädagogischen Berufe? Wir haben den Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN analysiert.

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „wollen bestmögliche Bedingungen für das Aufwachsen aller Kinder schaffen“. So leitet die Landesregierung ihre bildungspolitischen Ziele in ihrem Koalitionsvertrag ein. Ein großartiger Ansatz! Im Folgenden unterscheidet sie bei ihren Zukunftsvisionen zwischen „wir wollen“ und „wir werden“. Ob sich daraus ein Unterschied generieren wird, werden wir im Verlauf der ersten schwarz-grünen Legislatur in NRW sehen.

Leerformel statt gleicher Bildungschancen

Aus „Chancengleichheit“ wurde im sogenannten Zukunftsvertrag der Koalitionspartnerinnen „Chancengerechtigkeit“, wobei die Begriffe jahrelang diskutiert wurden und es letztendlich die Chancengleichheit in das jüngste Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz NRW) geschafft hat. Denn Chancengerechtigkeit ist eine Leerformel, in die alles hineingepackt werden kann, meint die Bildungsgewerkschaft. Der maßgebliche Satz „Wir werden gleiche Bildungschancen für alle Kinder ermöglichen und Spitzenreiter in der Bildungsfinanzierung“ fehlt. Die GEW NRW wird die neue Landesregierung an ihren zügigen Entscheidungen für nachhaltige Verbesserungen in der frühkindlichen Bildung und für sozialpädagogische Berufe messen. Diskutiert und beteuert wurde lang genug.

Investitionen sind notwendig – jetzt!

NRW-Familienministerin Josefine Paul von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich selbst als Chancenministerin vorstellt, betonte bei der *GEW-aktiv*-Tagung im August 2022, dass „Bildung mit ihrem Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung [...] elementar für Bildungsgerechtigkeit und faire Zukunftschancen ist“. Die Regierung habe erkannt, dass sozialpädagogische Berufe systemrelevant sind, und allen sei klar: „Wenn wir nicht in die Kinder und die Jugendlichen investieren, dann werden wir am Ende auch keine Fachkräfte, auch nicht für die notwendige sozial-ökologische Transformation, rausbekommen.“ Wer also frühzeitig die Bildung von Kindern sichert, dem ist Chancengleichheit ein ehrliches Anliegen. Diese Erkenntnis ist da – wie sie sich auf die Menschen im Bildungssystem auswirkt, wird sich zeigen.

Kitakollaps verhindern

Das gesamte System der frühkindlichen Bildung in NRW ist seit Jahren unzureichend finanziert. Nun müssen viele Kitas ihre Angebote einschränken, flexibel auf coronainduzierte Personalausfälle reagieren und sogar schließen, wenn ihnen Fachpersonal fehlt. Erschwerend kommen die vielfältigen psychischen Belastungen nach fast drei Jahren Corona-Pandemie hinzu. >>

Das Land muss sich mehr an den Kosten beteiligen, damit die Qualität der Kindertagesbetreuung nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen oder Kreise abhängt. Viele Träger können ihr Personal nicht angemessen bezahlen, da die jährliche Erhöhung der Kindspauschalen nicht dem Gehaltszuwachs nach Tarifverhandlungen entspricht. Freie Träger sehen sich daher nicht mehr in der Lage, aktuelle Tarifergebnisse zu übernehmen. Personalkosten müssen aus Sicht der GEW NRW real abgerechnet und Sachkosten mit Gruppenpauschalen dauerhaft zugeteilt werden, um Planungssicherheit zu erreichen. Die entsprechenden Zusagen fehlen im Zukunftsvertrag für NRW.

Voraussetzungen first, Innovationen second

CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN „wollen den Einsatz von Landesmitteln für die Schaffung innovativer, noch bedarfsorientierterer Betreuungsangebote [...] gezielter gestalten“. Das Ruderboot Kita ist leckgeschlagen und die Besatzung hat keine Ressourcen, um neue Antriebe zu entwickeln. Die ganze Kraft wird benötigt, um das Wasser aus dem Boot zu schöpfen.

Warum werden Bildungseinrichtungen aufgefordert, neue Projekte zu entwickeln, ohne personelle Ressourcen bereitzustellen? Vielleicht ist die angekündigte Einberufung des *Beirats Kindertagesbetreuung*, um einen „strukturellen Austausch mit Expertinnen



und Experten sowie Praktikerinnen und Praktikern zu ermöglichen“, eine Hilfe. Aber Moment mal: Wer sind eigentlich Expert*innen und wer sind Praktiker*innen? Diese Rollenzuschreibungen können nur ein redaktioneller Fehler sein, meint die GEW NRW. Denn wer, wenn nicht die Kolleg*innen vor Ort, sind die Expert*innen für frühkindliche Bildung in der Kita? Auch die Bildungsgewerkschaft bringt gerne ihre langjährigen Erfahrungswerte und Kompetenzen ein.

Schulsozialarbeit lost

Für den Bereich der sozialpädagogischen Berufe „werden“ CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „mit der Entwicklung von Standards dafür sorgen, dass die Schulsozialarbeit fester Bestandteil von Schule wird“ und multiprofessionelle Teams eingerichtet werden. Das ist gut, aber die notwendigen Konkretisierungen fehlen. Schulsozialarbeit ist ein wichtiges Instrument, um Chancengleichheit zu fördern, und sie leistet Präventionsarbeit. Natürlich nur, wenn sie dauerhaft mit einem verbindlichen, wirkungsvollen Betreuungsschlüssel in Schulen implementiert ist. Ein oder zwei Schulsozialarbeiter*innen für 1.000 Schüler*innen – wie häufig vorzufinden – sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Fachkräfteoffensive: Wunsch oder Wirklichkeit?

„Wir werden eine Fachkräfteoffensive etablieren und die Weichen für ein verbessertes Fachkräftemanagement stellen“, schreiben die Koalitionär*innen. Laut Josefine Paul wurde bereits eine *Koordinierungsstelle Fachkräfte für Sozial- und Erziehungsberufe* eingerichtet. Sie sagt: „Es braucht viele Maßnahmen. Mit dem *Kitahelfer-Programm*, das wir bis Ende des Jahres verlängert haben und verstetigen wollen, sorgen wir für dringend benötigte Entlastung. Daneben wollen wir Ausbildungskapazitäten erhöhen, den Quereinstieg erleichtern und Entwicklungsmöglichkeiten bieten.“ Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass das Land dem Fachkräftemangel allein nicht begegnen kann und die Unterstützung der Kommunen, Träger, Kirchen, Gewerkschaften und vor allem der Beschäftigten benötigt.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn die Landesregierung die „Stundenaufstockungen für Bestandskräfte ermöglichen“ wird, den „Einsatz von Verwaltungsassistenten und die dafür angemessene Anpassung der Verwaltungspauschale“ jedoch nur ermöglichen will. Die Aufwertung sozialpädagogischer Berufe ist überfällig. Sie benötigen höhere Einkommen, die Anerkennung förderlicher Zeiten, Aufstiegsmöglichkeiten, Fortbildungen, Supervisionen sowie Entlastungen im Arbeitsalltag.

Forderungen der GEW NRW für Kitas und sozialpädagogische Berufe

Für Kitas fordert die GEW NRW: eine Absenkung des Fachkraft-Kind-Schlüssels auf 1:3 für Ein- bis Dreijährige und 1:8 für Drei- bis Sechsjährige, mehr Zeit für Leitungsaufgaben, eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten – auch für Lehrkräfte an Fachschulen, mehr Möglichkeiten für praxisintegrierte Ausbildungen (PiA), eine Ausbildungsvergütung ab dem ersten Tag sowie mehr Fachkräfte und Inklusionshelfer*innen.

Schulsozialarbeit benötigt aus Sicht der GEW NRW: Eine Fachberatung und eine Fachaufsicht durch sozialpädagogische Fachkräfte sowie einen Betreuungsschlüssel von 1:150. Bei 2,5 Millionen Schüler*innen in NRW müssten insgesamt 17.000 Stellen für Sozialarbeiter*innen geschaffen werden. Das Schulministerium stellt zurzeit nur 2.500 Stellen über landeseigene Stellen sowie über ein Landesprogramm zur Verfügung und ermöglicht die Umwandlung von Lehrkraftstellen in Schulsozialarbeitsstellen.

Die GEW NRW wird sich weiter starkmachen, damit gute Bildung nicht nur ein Wunsch bleibt, sondern Wirklichkeit wird. //

Kerstin Salchow

stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität



Z ist nicht zu viel, sondern das Ziel

NRW ist endlich so weit, A13 umzusetzen! Schwarz-Grün hat sich bewegt und den längst überfälligen ersten Schritt zur Anerkennung und Wertschätzung der Lehrkräfte vollzogen. Das ist unser Erfolg und zeigt: Gewerkschaft wirkt und Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Und trotzdem sind wir noch nicht an unserem Ziel.

Mehr als zehn Jahre hat die GEW NRW für eine verfassungskonforme und faire Bezahlung der Lehrkräfte in NRW gekämpft und sich dafür eingesetzt, dass die Besoldungsstruktur endlich dem Lehrerausbildungsgesetz (LABG) angepasst wird. Die Aussicht auf A13 als Eingangsbesoldung für alle Lehrer*innen ist ein Erfolg, der vielen Kolleg*innen auch deshalb sehr viel bedeutet, weil sie sich dafür seit mehr als zehn Jahren im Rahmen unserer Kampagne JA13 aktiv eingesetzt haben.

23,6 Millionen Euro für die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 20. September 2022 den Entwurf des Nachtragshaushalts verabschiedet. Er enthält eine Erhöhung des Haushaltsvolumens um 897,3 Millionen Euro, von dem 23,6 Millionen Euro für den Einstieg in die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 – so steht es im Gesetzentwurf – vorgesehen sind. Ministerpräsident Hendrik Wüst betonte: „Wir halten, was wir versprochen haben, und investieren in das, was wichtig ist: Bildung“. Richtig ist, in Bildung zu investieren. Wichtig

wird sein, es nicht bei dem ersten Schritt zu belassen, sondern weitere folgen zu lassen, um das Versprechen in Gänze und mit allen Konsequenzen umzusetzen.

GEW NRW kritisiert Umsetzung über Stufenplan

Der Plan: Die Landesregierung hat kurz nach den Herbstferien einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Besoldung der Lehrkräfte stufenweise angehoben werden soll. In fünf Schritten soll demnach in die Besoldungsgruppe A13 überführt werden. Rückwirkend zum 1. November 2022 sollen alle Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I, die derzeit in A12 eingruppiert sind, eine ruhegehaltsfähige Zulage von 115 Euro erhalten, die im Januar 2023 ausgezahlt werden soll. Jeweils zum 1. August, beginnend in 2023, soll sich diese Zulage jährlich um weitere 115 Euro erhöhen, sodass ab dem 1. August 2026 alle grundständig ausgebildeten Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13 überführt sein sollen. Vergleichbare tarifbeschäftigte Lehrkräfte sollen laut Gesetzentwurf bei der Anpassung der Lehrkräftebesoldung einbezogen und später in EG13 eingruppiert werden. Für Seiteneinsteiger*innen gilt: Je nach Qualifikationsniveau werden sie höhergruppiert, wenn der letzte Schritt 2026 erfolgt.

Unverständlich aus unserer Sicht ist und bleibt die Umsetzung bis 2026. Wir werden uns für ein zügigeres Verfahren einsetzen. >>

Reform der Besoldungsstruktur ist logische Konsequenz

Es ist klar, Änderungen im Besoldungsgesetz sind unumgänglich. Die Umsetzung von A13 als Einstiegsamt muss Folgen für das ganze Besoldungsgefüge haben. Das beamt*innenrechtliche Abstandsgebot und die erforderliche Wertschätzung der Kolleg*innen erfordern zwingend eine Anpassung bei denen, die zum Beispiel ein Beförderungsamts bekleiden oder in der Schulleitung oder Lehrer*innenausbildung arbeiten.

Am Ende des Prozesses muss eine einheitliche Laufbahn für alle Lehrkräfte stehen: Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt. Denn echte Gleichbezahlung aller Lehrämter ist nicht A13, sondern A13Z. Die einheitliche Lehrkräftelaufbahn 2026 in NRW wäre ebenso einschneidend und wegweisend wie das Lehrerausbildungsgesetz von 2009 es war, dessen zentrales Element die Schaffung einer gleichwertigen Lehrer*innenausbildung für alle Schulstufen und Schulformen vorsah. Erst die einheitliche Lehrer*innenlaufbahn vollendet diesen Prozess.

GEW NRW kämpft weiter für eine echte Gleichbezahlung aller Lehrämter

Denn: So wie es sich aktuell darstellt, kommt A13 für alle, aber nicht A13Z. Wer A sagt, muss aber auch B sagen und weitere besoldungsrechtliche Konsequenzen ziehen. Daher: Die Freude über den Erfolg über A13 als Einstiegsamt für alle Lehrkräfte als Etappenziel lassen wir uns nicht nehmen. Mit *A13 für alle* bewegen wir uns in Richtung *gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit*. Unser Kampf wird nicht ruhen und wir werden so lange dranbleiben, bis A13Z realisiert wird. Im Gesetzgebungsverfahren und auch danach werden wir uns für eine gleiche Besoldung – mit allen strukturellen Änderungen – nach A13Z einsetzen. Z ist nicht zu viel, sondern das Ziel! //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

So wie es sich aktuell darstellt,
kommt A13 für alle, aber nicht A13Z.
Wer A sagt, muss aber auch B sagen
und weitere besoldungsrechtliche
Konsequenzen ziehen.

+++

**Berichterstattung der GEW NRW
rund um A13 für alle**

gew-nrw.de/ja-13

Was gilt für Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigung?

Mehrarbeitsstunden werden nicht immer vergütet. Für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte gilt, dass jede Stunde Mehrarbeit bezahlt werden muss.

Bei Vollzeitbeschäftigung erfolgt erst ab der vierten Mehrarbeitsstunde im Monat eine Bezahlung nach den Stundensätzen der Mehrarbeitsvergütungsverordnung. Kolleg*innen in Teilzeit haben dagegen Anspruch auf eine anteilige Gehaltszahlung für jede einzelne Überstunde, bis die Vollbeschäftigung erreicht ist. Die Bezahlung kann dadurch bis zu 150 Prozent höher ausfallen als eine nach Stundensätzen.

Beispiel: Kollege M. hat einen Teilzeitvertrag mit 27/28 Stunden. Er leistet vier Mehrarbeitsstunden im Monat, die alle als Teilzeitaufstockung vergütet werden müssen. Da bei der Berechnung der Bezahlung der Monat betrachtet wird, hat der Kollege die Vollbeschäftigung nicht überschritten.

Das ist bei Ausfallstunden zu beachten

Bei Teilzeitkräften ist für Mehrarbeit eine Saldierung von Ausfallstunden aus Anlass – etwa bei Schulveranstaltungen, Zeugnisausgaben oder der Abwesenheit von Klassen – bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung nicht zulässig. Ausfallstunden, auf deren Entstehen die Lehrkraft keinen Einfluss hat, sind als Ist-Stunden anzurechnen. Eine Überschreitung der wöchentlichen Pflichtstunden kann bis zum Erreichen der Vollzeitbeschäftigung nicht durch Freizeitausgleich in einer anderen Woche abgegolten werden. Jede einzelne Kalenderwoche muss für sich betrachtet werden.

Beispiel: Bei Kollegin S. fällt am Dienstag die dritte Stunde aus, weil die Klasse im Museum ist. In der nächsten Woche muss sie eine Mehrarbeitsstunde leisten. Diese Stunde muss bezahlt werden. Eine Verrechnung mit der Ausfallstunde der vergangenen Woche darf nicht stattfinden.

Das rät die GEW NRW

Wir raten allen Beschäftigten, auf die Bezahlung nicht zu verzichten! Tarifbeschäftigte müssen den Antrag auf Bezahlung der Mehrarbeit wegen der tariflichen Ausschlussfrist innerhalb von sechs Monaten einreichen.

Der wichtigste Rat an die Kollegien ist, ein Vertretungs- und ein Teilzeitkonzept zu verabschieden, um Mehrarbeit einzudämmen. Außerdem hat der Lehrerrat bei vorhersehbarer Mehrarbeit ein Mitbestimmungsrecht. //

Helga Krüger und Bettina Marzinzik

Expertinnen der GEW NRW aus dem Referat Rechtsschutz

+++

Antrag auf Bezahlung der Mehrarbeit von Lehrkräften

tinyurl.com/antrag-mehrarbeit

Reinschnuppern in die Personalratsarbeit

Wenn du dich für Verbesserungen im Schulalltag einsetzen, deine Kompetenzen einbringen und erweitern möchtest, ist die Arbeit im Personalrat vielleicht genau das Richtige für dich! In den Schnupperseminaren der GEW NRW finden wir zusammen heraus, ob du 2024 für die GEW NRW bei den Personalratswahlen kandidieren möchtest.

Wer informiert mich in den Schnupperseminaren der GEW NRW?

Unsere Schnupperseminare sollen neugierig machen. Sie sind keine Schulung für künftige Personalratsmitglieder, sondern geben einen ersten Einblick in die Tätigkeit des Personalrats. Die Veranstaltung wird moderiert, wobei der Blick auf die Personalratsarbeit immer von den Teilnehmer*innen ausgeht: Ihre Fragen bestimmen den Ablauf.

Erfahrene Personalrät*innen stehen Rede und Antwort. Dabei geht es auch um die Verbindung von Schule, Personalrat und Familie, um Arbeitszeit und Aufwand sowie um Fragen zur persönlichen beruflichen Entwicklung. Die Arbeit im Personalrat stellt eine abwechslungsreiche Ergänzung zum Unterrichten dar und ermöglicht ganz neue Perspektiven auf das System Schule und wie es funktioniert. //

Wo mischt der Personalrat mit?

Personalräte sind wie Betriebsräte das Gegenüber des Arbeitgebers in Angelegenheiten, die das Personal betreffen. In „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ sollen sie auf der Grundlage des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) ihr Recht auf Mitbestimmung und Beteiligung ausüben.

Eine Einstellung in den Schuldienst ist beispielsweise nur möglich, wenn der Personalrat zugestimmt hat. Wurde jemand benachteiligt? Sind alle Regeln des Einstellungsverfahrens beachtet worden? Auch bei Erlassen und Verfügungen wird der Personalrat beteiligt. Er kann auf Missstände hinweisen, Vereinbarungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit der Behörde abschließen und über Probleme und Wünsche einzelner Beschäftigter verhandeln. Mitglieder des Personalrats beraten ihre Kolleg*innen im persönlichen Gespräch. //



Welche Voraussetzungen muss ich für die Personalratsarbeit mitbringen?

Mitglieder in Personalräten sind so unterschiedlich wie die Beschäftigten in den Schulen. Und ihre Aufgaben sind ebenso vielfältig, denn es geht um die Vertretung der Interessen der Kolleg*innen gegenüber dem Dienstherrn. Personalratsmitglieder werden gewählt und nehmen ein Ehrenamt der Interessenvertretung wahr, für das sie durch Freistellung von Unterrichtsverpflichtungen entlastet werden.

Im Personalrat zählt Teamarbeit: Gemeinsam beraten die Mitglieder, wie sie ihre Kolleg*innen zum Beispiel in Gesundheits- und Belastungsfragen, bei Versetzungswünschen oder in Konflikten unterstützen können. Frisch gestartete Personalrät*innen nutzen das Know-how der erfahrenen Kolleg*innen.

Fortbildungsangebote und Learning by Doing sorgen dafür, dass sie mit den Aufgaben wachsen. Die GEW NRW möchte vor allem junge Kolleg*innen für die Mitarbeit in den Personalräten motivieren. Die Schnupperseminare machen Mut, im Beruf etwas Neues zu wagen. //

Und warum sollte gerade ich kandidieren?

Darüber wollen wir im Schnupperseminar mit dir reden! Denn du bringst viele Erfahrungen aus dem Schulalltag mit. Du weißt, wie sich der Lehrkräftemangel und die Arbeitsüberlastung im Schulalltag auswirken. Du hast vielleicht schon als Mitglied des Lehrerrats in Konflikten vermittelt und mit der Schulleitung über Verbesserungen in der Stundenplangestaltung diskutiert. Als Mitglied der Gewerkschaft wirst du im Kollegium auf Gehaltsforderungen und Coronaregeln angesprochen. Du bist mitdendrin.

Deine Erfahrungen, dein Einsatz für deine eigenen Interessen und die deiner Kolleg*innen werden im Personalrat gebraucht. Im Schnupperseminar überlegen wir gemeinsam mit dir, ob und wie eine Kandidatur möglich ist, denn die Wahlliste der GEW zum Personalrat wird nach demokratischen Regeln aufgestellt. //

Manfred Diekenbrock

freier Referent für gewerkschaftliche Bildung

LANDESWEITE SCHNUPPERSEMINARE

Alle Schulformen

28.11.2022, 16 – 19 Uhr:
online

Realschule

02.11.2022, 17 – 19 Uhr:
online

Hauptschule

15.11.2022, 14 – 18 Uhr:
online

Förderschule

24.11.2022, 10 – 16 Uhr:
Essen

Gesamtschule

24.11.2022, 10 – 16 Uhr:
Düsseldorf

Grundschule

05.12.2022, 10 – 16 Uhr:
Duisburg

Anmeldung per E-Mail an

bettina.beefink@gew-nrw.de



CLEMENS ROGGENBUCK

[...] In welcher Zeit lebt der Autor, der von einer „Regelbeförderung“ nach A14 spricht? Im Übrigen gibt es an Gesamtschulen für den sogenannten „höheren“ Dienst weniger A14-Stellen als an Gymnasien und Berufskollegs, da auch die Beförderungsstellen für die A12-Laufbahnen mitgerechnet werden. Oder ist das zwischenzeitlich anders?

„Karriere muss für alle möglich sein.“ Das ist richtig. Dem Beitrag ist nicht viel hinzuzufügen, außer: Wie wird man als einfacher Lehrer (Eingangsamts A12, A13 oder A13 Z) eigentlich Ministerialrat?

zu lautstark. 03/2022: Karriere muss für alle möglich sein



ARION THEISSEN

Es hat mich sehr gefreut, endlich einmal einen neutralen und sachlich korrekten Text über den Ukraine-Konflikt zu lesen. [...]

„Zur Debatte“ stellen kann man die Tatsachen eigentlich nicht. Der Konflikt ist von angelsächsischer Seite heraufbeschworen worden. Zur Debatte stellen könnte man jedoch naheliegende Verdachte über die möglichen Motive. [...] Neben dem „traditionellen“ Versuch der strategischen Einkreisung der Sowjetunion und jetzt Russlands sind nämlich noch weitere Motive denkbar.

Seltsamerweise redet man nur über eine eventuell zu erhebende aber selbstverständliche Übergewinnsteuer, nicht aber darüber, ob diese enormen Übergewinne eventuell schon von langer Hand geplant waren, und ob der Konflikt auch aus diesem Grunde ausgelöst werden sollte. Die vehementen US-Versuche der Verhinderung der zweiten Gasleitung unter der Ostsee sprächen auch dafür.

Durch die scheinheiligen Sanktionen, die in ähnlichen Fällen zuvor nie zum Beispiel gegen Großbritannien oder die Vereinigten Staaten verhängt wurden, ist die billigere russische Konkurrenz auf dem europäischen Rohstoffmarkt mit einem Schlag beseitigt. Eine Verschwörungstheorie? Ja, aber deshalb leider nicht fernliegend oder unrealistisch. [...]

Die erneut geschürte Angst vor „dem Russen“ zeigt Wirkung: Es werden plötzlich unglaubliche Einschränkungen akzeptiert, und die multinationalen Machthaber streichen trotz geringeren Konsums dank (über)entsprechende stark erhöhter Preise nicht weniger Gewinne ein als zuvor. [...]

*zu lautstark. 04/2022, Beilage Unruhestand:
Zur Debatte: Friedensengagement in Kriegszeiten*



ULRICH BALD

Natürlich hat die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung, aber auch eine Pflicht zur Klugheit, wann man sich gegen einen überlegenen Gegner ergeben muss, um menschliches Leid, zu beenden, Leben zu erhalten wie auch die Natur, Wohnraum und Infrastruktur: Das Morgen noch ermöglichen! [...]

Es sind vor allem die Söhne der Armen, die in den Krieg ziehen müssen, vor dem die Söhne derer zumeist verschont bleiben, die diese Kriege befehlen oder nicht beenden. [...]

Wir folgen nicht dem makabren Tanz der Todeshändler, andernfalls werden wir in Europa keinen gerechten Frieden haben, sondern, wie Kant sagt, den ewigen Frieden der Friedhöfe und des Todes. Entgegen der bellizistischen Logik erst einmal innehalten, nachdenken, verhandeln und eben friedliche Alternativen finden.

zu lautstark. 03/2022: Unser Kurs: Mehr für Bildung



GERLINDE HEINZE

Besser spät als nie! Es tut gut, dass die GEW, die SPD und die GRÜNEN sich nun für eine Aufarbeitung des Unrechtes durch die Berufsverbote von 1972 bis 1985 einsetzen. Aber zeugt es nicht von einer gewissen Doppelmoral, wenn SPD und GEW sich nicht auch an die eigene Nase fassen? 1972 war Willy Brandt (SPD) Bundeskanzler und Heinz Kühn (SPD) Ministerpräsident von NRW. Ihre Regierungen haben die Berufsverbote geschaffen und über Jahre hinweg praktiziert. Und auch die GEW hat sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert: Ich war damals Mitglied des Vorstandes der Fachgruppe *Hochschule und Forschung* im Stadtverband Bonn. Der Betroffene Wolfgang B. wandte sich auf einer Stadtverbandssitzung mit einem Hilferuf an die GEW. Statt ihn solidarisch zu unterstützen, wurde er fürchterlich abgekanzelt, bis ihm schließlich in der Sitzung schreiend der Maulkorb umgehängt wurde. SPD und GEW waren sich damals einig darin, die Berufsverbote bedingungslos zu befürworten. Auch das gehört meines Erachtens aufgearbeitet, wenn man sich nicht dem Vorwurf der Doppelmoral aussetzen will.

zu lautstark. 04/2022, Beilage Unruhestand: Unrecht und Leid der Betroffenen

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

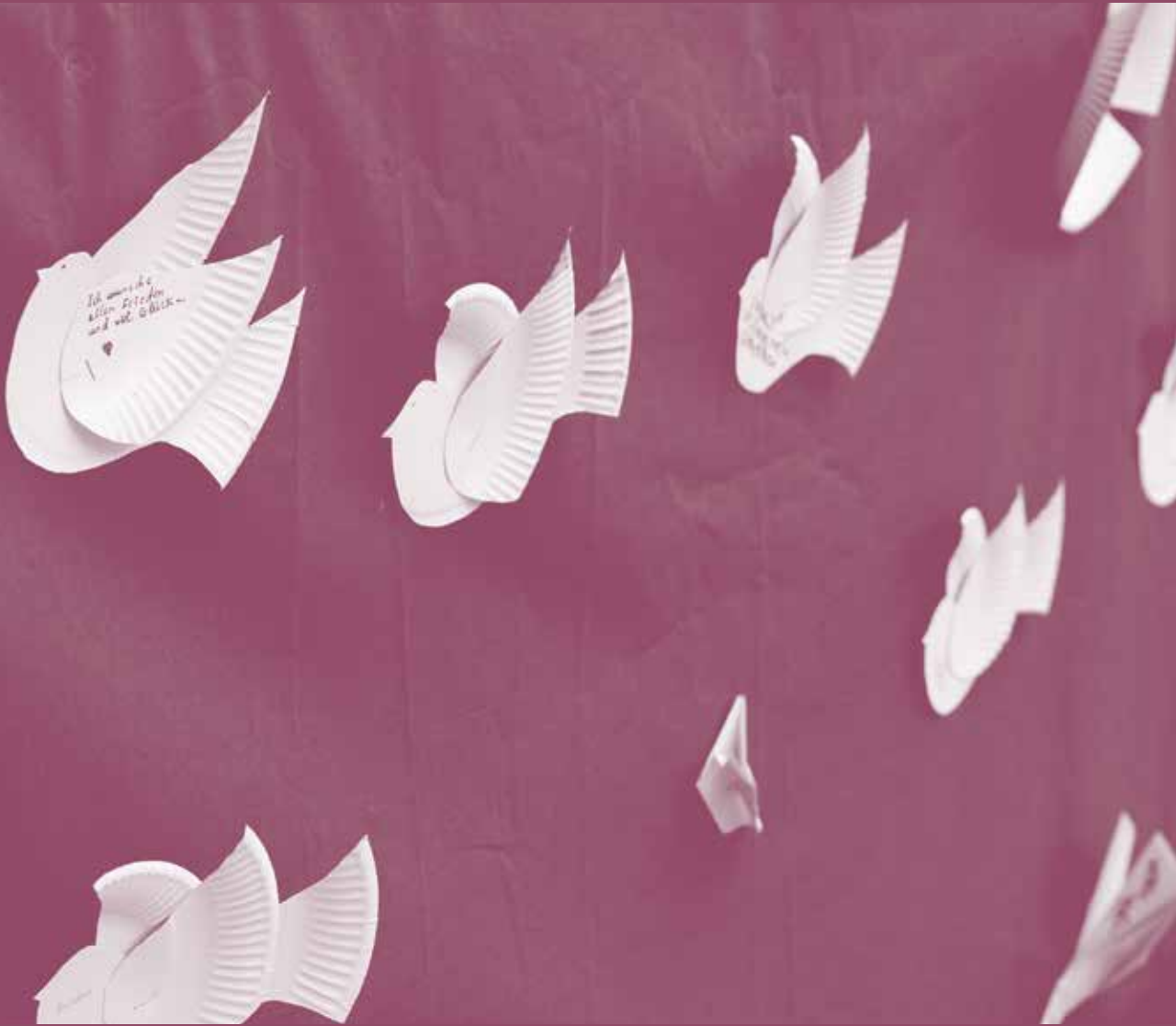


Foto: Annette Etges

Am Carl-Reuther-Berufskolleg des Rhein-Sieg-Kreises in Hennef machen sich Schüler*innen und Lehrkräfte stark für Toleranz und ein friedliches Miteinander.

Toleranz lernen und leben



Auch mit Bibliothekarin Kira Heisterkamp [rechts] tauscht sich Eva Zoske-Dernóczi immer wieder aus, um gemeinsam entsprechende Literatur für die Schüler*innen auszuwählen.

Fotos: Annette Etges



Damit sich alle Schüler*innen und Lehrkräfte am Carl-Reuther-Berufskolleg akzeptiert fühlen, ist der regelmäßige Austausch wichtig: im persönlichen Gespräch oder über den roten Sorgenlos-Briefkasten des Beratungsteams der Schule.

Vielfalt ist Programm am Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef:
Hier lernen und lehren Schüler*innen und Lehrer*innen aus 53 Nationen. Schulpfarrerin Eva Zoske-Dernóczi erzählt, wie alle gemeinsam gegen Diskriminierung und Rassismus kämpfen. Was Heimat für jede*n Einzelne*n bedeutet, zeigen die Schüler*innen in einer Ausstellung.

In der Eingangshalle des Carl-Reuther-Berufskollegs herrscht gähnende Leere an diesem Freitagmorgen um zehn. Die typische Pausenkulisse aus Stimmen, Lachen und Schritten ist gerade verstummt, die Schüler*innen sind in die Unterrichtsräume zurückgegangen. Nur der Geruch nach frisch aufgebackenen Brötchen hängt noch in der Luft. Eine orangefarbene Bank steht einsam vor einer dunklen Wand. Durch die Stille des weitläufigen Gebäudes dringt das Geräusch von festen, schnellen Schritten. Ein grünes Klemmbrett unter dem Arm, geht die dunkelhaarige Frau über den grauen Boden zu den Stehtischen, um wenige Minuten später von ihrer Arbeit zu erzählen. Über Toleranz und Courage wird sie sprechen, über den unermüdlichen Einsatz, die vielen Aktionen gegen Diskriminierungen und Rassismus. Und über die Werte, die sie, die Schulpfarrerin, in ihrem Unterricht immer und immer wieder vermittelt. Weil man bei ihren Themen nicht stehen bleiben kann, sondern immer weiter Menschen sensibilisieren muss.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: kein Titel, sondern Selbstverpflichtung

Eva Zoske-Dernóczi arbeitet seit 2013 an der Carl-Reuther-Schule in Hennef, die im Mai 2018 als erstes Berufskolleg im Rhein-Sieg-Kreis Teil des bundesweiten Netzwerks *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (SoR-SmC) wurde. Die Initiative zu der Bewerbung ging von der damaligen Schüler*innenvertretung aus, 1.900 Schüler*innen hatten sich in einer organisierten Unterschriftenaktion gegen Rassismus ausgesprochen. „Dieser Titel ist kein Preis, sondern eine Selbstverpflichtung“, erklärt Eva Zoske-Dernóczi. „Für uns bedeutet das, dass wir uns aktiv für Menschenrechte und gegen jede Form der Diskriminierung starkmachen. Und da die Schüler*innenvertretung jährlich wechselt, war für mich klar, dass ich das Thema weiterführen werde. Bei über 2.600 Schüler*innen, 110 Lehrer*innen und insgesamt 53 Nationalitäten an unserer Schule bedarf es vieler Aktionen, um diese Werte in Taten umzusetzen, das Schulklima zu verbessern und über den Tellerrand einzelner Schulbereiche und Fächer hinauszuschauen.“

>>

Zahlreiche Aktionen, ein Ziel: ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben

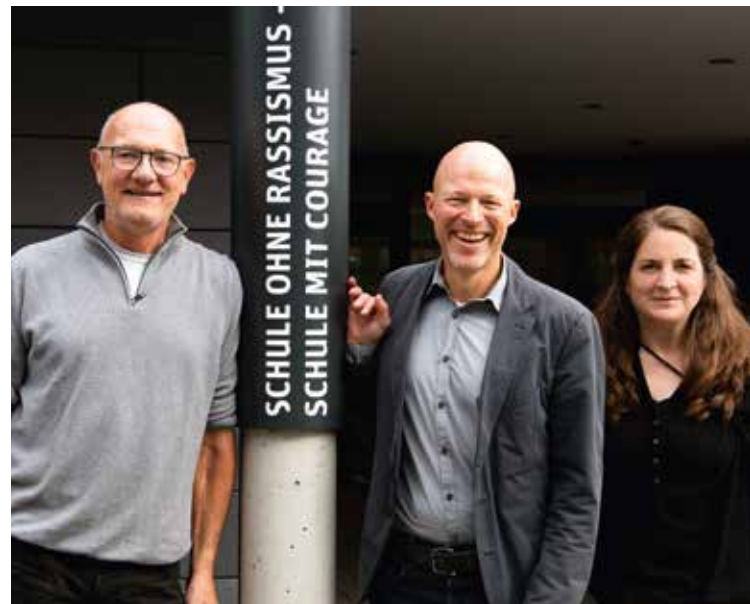
Seitdem das Berufskolleg zum Netzwerk SoR-SmC gehört, finden deshalb regelmäßig Projektstage und Aktionen statt, die Eva Zoske-Dernóczy als Leiterin der sogenannten Courage-AG federführend organisiert und koordiniert. Ihr liegt es am Herzen, dass sich die Schüler*innen immer wieder auf unterschiedliche Art und Weise mit den Themen Rassismus und Diskriminierung beschäftigen können. „Zum Beispiel trat bei unserem allerersten Projekttag 2018, der zum 70. Jahrestag der Menschenrechte stattfand, das politische Kinder- und Jugendtheater *Theatertill* in der Aula auf. Opfer und Täter sprachen über ihre Gewalterlebnisse, was am Ende als Theaterstück enttarnt wurde. Die Schauspieler taten dies, um ihr Publikum aufzurütteln, da alle Berichte auf realen Begebenheiten basierten“, erinnert sich Eva Zoske-Dernóczy. „Auch hatten wir schon Zeitzeugen vor Ort wie Ibrahim Arslan, der einen Brandanschlag von Neonazis überlebt hatte. Andere Klassen erlebten andere Referent*innen. Es gab zum Beispiel auch eine Schreibwerkstatt eines Journalisten: Schüler*innen der internationalen Flüchtlingsklassen erzählten ihre Fluchtgeschichten Schüler*innen des beruflichen Gymnasiums, die wiederum dabei halfen, diese aufzuschreiben.“

Neben solchen Projekttagen gibt es Referent*innen, zum Beispiel von der Initiative *Meet a Jew*, die über das Jahr verteilt in einzelne Klassen kommen. Auch lachend kann man sich mit Vorurteilen auseinandersetzen: Bei der Aktion *Carl Reuther lacht – Mit Comedy gegen Vorurteile und Diskriminierungen* boten die vier Comedians Sertaç Mutlu, Lukas Wandke, Timur Turga und Djavid insgesamt 500 Schüler*innen in zwei Runden ein humorvolles Programm. Am Ende standen sie der Schüler*innenschaft Rede und Antwort. Es ging darum, Stereotype zu hinterfragen, Klischees und Vorurteile abzubauen, was sehr gut gelang. Der Evangelische Kirchenkreis hatte die Veranstaltung finanziell ermöglicht.

Alle Aktionen haben nach Eva Zoske-Dernóczy ein gemeinsames Bildungsziel: „Im Schulgesetz des Landes NRW steht als oberster Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule: ‚Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.‘ Auch heißt es dort, Schüler*innen müssten lernen, für ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben einzustehen. In der Praxis heißt das: Es geht darum,



Gut vernetzt: Schulpfarrerin Eva Zoske-Dernóczy [oben, links] leitet die Courage-AG des Carl-Reuther-Berufskollegs und koordiniert zahlreiche Aktionen und Projekte gegen Diskriminierung und Rassismus. Dafür stimmt sie sich eng mit der Schüler*innenvertretung ab, aber auch mit Schulleiter Thomas Heußner [unten, Mitte] und seinem Stellvertreter Markus Breidung [unten, links] sowie dem Vertrauenslehrer Thore Heldt [oben, rechts] und allen anderen Lehrkräften der Schule. Ihr Netzwerk reicht weit über die Schulmauern hinaus.





„Ich fühle mich sehr wohl in Deutschland, würde aber immer sagen, dass ich nicht eine Heimat habe, sondern mehrere Länder so etwas wie Heimat für mich sind.“

LEDIAN

17 Jahre alt, lebte früher im Kosovo und in Italien

sich für wichtige Themen zu engagieren – und ganz besonders um Toleranz: Wir haben hier an der Schule eine Vielfalt, die wir nutzen können. Alle müssen lernen, einander zu respektieren und zu tolerieren.“

Eine Frage mit vielen Antworten:

Schüler*innen gestalten Ausstellung *Was ist Heimat?*

Während ihrer Arbeit trifft Eva Zoske-Dernóczi täglich viele Schüler*innen mit interessanten Biografien, die aus ganz unterschiedlichen Ländern in den Rhein-Sieg-Kreis gekommen sind. „Als Schulpfarrerin unterrichtete ich sie im Fach Religion oder begegne ihnen in meiner Beratungstätigkeit. Sie leben alle an anderen Orten, besuchen verschiedene Bildungsgänge und Schulbereiche. Jedoch eint sie ihre Motivation, die deutsche Sprache zu erlernen, sich in diese Gesellschaft zu integrieren und hier ein neues Zuhause zu finden“, erzählt Eva Zoske-Dernóczi. >>



„Das Wort Heimat bedeutet für mich vor allem, einen Ort zu haben, wo man in Sicherheit leben kann. Für mich gibt es zwei Heimatländer: Ein Land, wo ich geboren wurde. Und das zweite Land dort, wo meine Familie ist. Wo ich mich nicht beweisen und erklären muss.“

AKAR

20 Jahre alt, lebte früher im Nordirak

Vor diesem Hintergrund ist das Konzept für eine Ausstellung entstanden, die den Begriff Heimat in den Mittelpunkt rückt. Zwei der Schüler, die Eva Zoske-Dernóczi unterrichtet, sind Akar und Ledian. Offen sprechen sie im Beratungsraum, wie sie den Unterricht erleben und was für sie Heimat ist.



Herzblut und ein starkes Netz, das trägt

Toleranz ist das, was Eva Zoske-Dernóczi seit ihrem ersten Tag am Berufskolleg vermitteln will: „Im Religionsunterricht habe ich meinen Schüler*innen von Anfang an vor allem eins immer wieder mitgegeben: Einander zu achten und wertschätzend zu behandeln ist die Grundlage für ein menschliches Miteinander“, sagt die Seelsorgerin, die als Tochter ungarischer Einwanderer*innen selbst einen Migrationshintergrund hat. Als Kind politischer Flüchtlinge hatte sie in den 1970er- und 1980er-Jahren selbst viel Rassismus erlebt. „Das war der Grund, warum ich mich bereits als Jugendliche gegen jede Art von Ausgrenzung eingesetzt habe.“ Das Herzblut, mit dem sie sich engagiert, sorgt dafür, dass sie bis heute ein starkes Netz aus Mitstreiter*innen und Unterstützer*innen aufgebaut hat: „Zum einen stimme ich mich eng mit der Schüler*innenvertretung ab, aber auch mit allen Politik-, Wirtschafts-, Religions- und Deutsch-Kolleg*innen. Auf dem Weg durch die Schulgänge offenbart sich das gesponnene Netz immer wieder: Der knallrote Sorgenlos-Briefkasten, in den Schüler*innen einen Zettel werfen können, die ein Beratungsgespräch wünschen. Ein Werkstattleiter, der mit Eva Zoske-Dernóczi über den Fortschritt des nächsten Bauprojekts spricht. Ein Lehrer, der ein paar Worte über seine Klasse wechseln möchte. Die Bibliothekarin, die sich mit der Schulpfarrerin über die anzuschaffenden Bücher abstimmt.



Orangefarbene Bänke als Zeichen gegen Gewalt an Frauen

Das Netzwerk von Eva Zoske-Dernóczi reicht über die Schulmauern hinaus: Dank vieler Unterstützer*innen konnte 2021 zum 40. Jubiläum des *Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen*, dem Orange Day, am 25. November, eine besondere Aktion verwirklicht werden: Einige Klassen der Schulbereiche Metall-, Holz- und Gestaltungstechnik bauten insgesamt 16 orangefarbene Bänke, die anschließend im gesamten Rhein-Sieg-Kreis an öffentlichen Plätzen aufgestellt wurden. Der Landrat, alle Bürgermeister*innen und Gleichstellungsbeauftragten des Rhein-Sieg-Kreises unterstützen das Vorhaben, die Kreisparkassen-Stiftung machte den Bau finanziell möglich.



Einige Bänke erhielten eingefräste Sprüche wie: „Liebe endet, wo Gewalt beginnt!“ oder „Kein Platz für Gewalt an Frauen“. An allen Bänken ist jeweils ein Schild mit der Nummer des bundesweiten *Hilfetelefon*s *Gewalt gegen Frauen*, aber auch ein Hinweis auf regionale Hilfsangebote angebracht. Mit der öffentlichkeitswirksamen Aktion wird Gewalt an Frauen stärker in das Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt und gezielt auf örtliche Schutz- und Unterstützungsangebote aufmerksam gemacht. Andere Klassen hatten eine große Ausstellung mit eigenen, digital erstellten Plakaten zu Diskriminierung und Gewalt an Frauen erstellt. Zudem wurde die Wanderausstellung der Kampagne *#freiundgleich* der Evangelischen Kirche in Deutschland aufgebaut, in der sich alles um Menschenrechte dreht.

Courage endet nicht mit dem Schulgong

Mit schnellen, festen Schritten geht Eva Zoske-Dernóczy gegen Mittag in die Schule zurück. Stehen bleiben gilt nicht, der Kalender für die nächsten Monate ist vollgepackt. Der nächste *Orange Day* rückt näher, einige Klassen bauen erneut zwölf orangefarbene Bänke, diesmal für die Stadt Bonn unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin, finanziert vom Evangelischen Forum Bonn. Es wird wieder eine Ausstellung der

UN zu Menschenrechten für alle Schüler*innen des Berufskollegs geben, zudem passend zum *Orange Day* eine Lesung gegen das Patriarchat von Boris von Heesen und eine Veranstaltung zur Extremismusprävention. Im Jahrbuch des Rhein-Sieg-Kreises 2023 werden Geschichten von Schüler*innen veröffentlicht, die während des Schreibprojekts *Herkunftsgeschichten – Migration – Heimat* entstanden sind. Der unermüdliche Einsatz von Eva Zoske-Dernóczy gegen Diskriminierung und Rassismus, für ein friedliches Miteinander in der postmigrantischen Gesellschaft ist Herzensangelegenheit und Daueraufgabe zugleich.

Es klingelt zur nächsten Pause und die Eingangshalle füllt sich wieder mit lautem Leben. Vor der Theke des Kiosks sammeln sich die ersten Jugendlichen. Auf der orangefarbenen Bank im Foyer sitzen zwei lachende Mädchen. Das Stimmengewirr schwillt an, während die bunte Schüler*innenschaft auf den Schulhof strömt. //

Denise Heidenreich

freie Journalistin



Zum 40. Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen – dem *Orange Day* – setzten Schüler*innen des Carl-Reuther-Berufskollegs 2021 ein starkes Zeichen: Sie bauten insgesamt 16 orangefarbene Bänke, die im gesamten Rhein-Sieg-Kreis an öffentlichen Plätzen aufgestellt wurden. An allen Bänken sind die Nummern des bundesweiten Hilfetelefon, aber auch Hinweise auf regionale Hilfsangebote angebracht. 2022 geht die Aktion in die nächste Runde: Schüler*innen produzieren mit ihren Werkstattelehrer*innen – einer davon: Ingo Nebel [\[links\]](#) – zwölf weitere Bänke, diesmal für die Stadt Bonn.



Mutig altes Wissen infrage stellen

Mit dem Zuwanderungsgesetz hat Deutschland 2005 seine Position als Einwanderungsland rechtlich festgeschrieben. Erst mit dieser Anerkennung wurden flächendeckend pädagogische Konzepte eingeführt, die die Vielfalt unserer Gesellschaft auf eine Weise berücksichtigen, die weder Anderssein noch Anpassung in den Fokus stellen. Was bedeutet das für die frühkindliche Bildung und wo steht sie aktuell?

Fidan Yiligin ist Expertin und Lehrbeauftragte an der Universität Bielefeld, unter anderem für Migration und Rassismus. Sie sieht die Entwicklung der pädagogischen Ansätze kritisch und fordert einen Perspektivwechsel in der Kinder- und Jugendarbeit: „Der defizitäre Ansatz der Ausländerpädagogik der 1970er-Jahre ist von der Interkulturellen Pädagogik ein Jahrzehnt später abgelöst worden. Woraufhin die nach wie vor hierarchisierende Interkulturelle Pädagogik von der rassismuskritischen Migrationspädagogik irritiert wurde und wird.“ Die Dethematisierung von Rassismus erschwere die Etablierung dieses Ansatzes allerdings seit vielen Jahren und auch die gesellschaftliche Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland. „Ich verstehe Deutschland als eine Migrationsgesellschaft. Eine Migrationsgesellschaft kann als eine Gesellschaftsform bezeichnet werden, die der Migration positiv gesonnen ist, die die Chancengleichheit aller Bürger*innen in den Mittelpunkt stellt und versucht, sie zu leben. Dafür brauchen wir eine bewusste Auseinandersetzung im Umgang mit und zur Bewältigung von Rassismus“, sagt Fidan Yiligin.

Die Diplom-Sozialpädagogin ist sicher: „Wenn wir allen Kindern gerecht werden wollen, dann ist es unlogisch, den rassismuskritischen Ansatz der Migrationspädagogik zu relativieren.“ Der Ansatz erfordere allerdings sehr viel Mut, sich mit dem eigenen Rassismus, dem institutionellen Rassismus und dem global sowie historisch gewachsenen Rassismus auseinanderzusetzen.

Kultursensiblen Umgang vermitteln ohne zu kulturalisieren

Der Begriff Interkulturelle Pädagogik hält sich weiterhin als Titel, doch die Konzepte der Institutionen gehen einen großen Schritt weiter. So auch *Türöffner e. V.* in Würselen: Die gelernten Erzieherinnen Pelin Yigit und Catrin Renzelmann haben den Verein gegründet, der heute auch Integrationsagentur ist. Sie gestalten zusammen unter anderem die Fortbildung *LebensWelt Kita – Interkulturelle Begegnung*, die den Teilnehmenden den nötigen Mut geben soll.

„Wir möchten Ihnen etwas für Herz, Kopf und Hand mitgeben‘ – so starten wir in der Regel in die zwei Fortbildungstage“, erzählt Pelin Yigit. „Kulturalisierung ist natürlich immer so eine Sache, wenn wir über Kulturen sprechen. Aber wir verwenden den Begriff so, dass wir bei den Personen selbst anfangen. Jede*r bringt die eigene Kultur mit – die eigene Familienkultur oder Kitakultur. Interkulturelle Begegnung bedeutet für uns, einen kultursensiblen Umgang zu vermitteln, ohne dabei zu kulturalisieren“, ergänzt Catrin Renzelmann. Das sei immer auch ein Balanceakt und erfordere Zeit für Reflexion. „Das hat auch mit Feingefühl zu tun. Orte zu schaffen, die Familien und die Kinder kennenzulernen. Begegnungen zu haben“, sagt Pelin Yigit.

„Die Fähigkeit, Rassismus zu erkennen, will immer wieder und wieder gelernt und trainiert werden – wie das Lesen und Schreiben oder Spielen eines Instruments“, betont Fidan Yiligin. Mittlerweile seien wir dabei, unseren defizitären Blick





hin zu einer lebensweltorientierten Betrachtung zu schwenken, so Fidan Yiligin. Dabei stünden wir in der frühkindlichen Bildung noch ziemlich am Anfang und das habe zu einem großen Teil mit dem Ressourcenmangel zu tun, sagt Catrin Renzelmann: „Überall fehlen Erzieher*innen – und die Vielfalt in den Gruppen kann in der Kita schnell als Zusatzaufgabe gesehen werden.“ So würden oft Probleme entstehen, die sich eigentlich mit einfachen Methoden und auf Dauer lösen lassen. Vor der Corona-Pandemie sei eine bessere Entwicklung zu beobachten gewesen.

Kommunale Integrationszentren können im Kitaalltag unterstützen

Das Problem sei auch, dass die Kitas unheimlich viele Aufträge haben. „Themen, die nicht akut erscheinen, geraten dann schnell mal in Vergessenheit. Es gibt Kitas, die für die Rezertifizierung eine*n Integrationsbeauftragte*n brauchen. Diese Person hat oft selbst eine internationale Familiengeschichte und wird dann zu unserer Fortbildung geschickt“, weiß Pelin Yigit aus Erfahrung. Wünschenswert wäre, wenn dem ganzen Team Zeit dafür zur Verfügung stünde und auch die Rollen der Kitaleitung, des Trägers und der Kommunalen Integrationszentren (KI) seien wichtig: „Bei der Kitaleitung landen die meisten Informationen, und sie muss diese für das Team sortieren, sich um Aushänge kümmern und so weiter. Ich sehe da gerade die Kommunalen Integrationszentren in der Pflicht, auf die Einrichtungen zuzugehen. Ich glaube, das ist in den Regionen sehr unterschiedlich. Jedes KI hat einen Einzugsbereich und es gibt keine Standards für die Kommunikation mit Kitas. So kennen Träger und Leitung die vielen Angebote oft nicht“, erzählt Catrin Renzelmann.

„Wir müssen Fragen stellen“, bringt es Pelin Yigit auf den Punkt. „Wenn Menschen die deutsche Sprache nicht beherrschen, wie kann ich diese Familie einbinden? Nehme ich zu der Familie einfach keinen Kontakt auf, weil die Sprache als Barriere da ist? Oder hole ich mir Hilfe für die Übersetzung? Da unterstützt das KI zum Beispiel kostenlos.“

>>

„Es geht darum, die Mechanismen der Hierarchisierung zu entlarven, die das Denken, Fühlen und Handeln in ein ‚Wir‘ und ‚die anderen‘ produziert und damit reproduziert und aufrechterhält.“

FIDAN YILIGIN

Expertin und Lehrbeauftragte an der Universität Bielefeld für Migration und Rassismus

Interkulturelle Begegnung als Querschnittsaufgabe verstehen

Elternarbeit sei bei ihnen ein großes Thema, erzählt Catrin Renzelmann: „Wir haben sehr gute Erfahrungen mit speziellen Angeboten für Eltern gemacht.“ Für Familienzentren sind diese sogar verpflichtend. „Wir selbst haben das Programm *Offen begegnen* entwickelt und Eltern eingeladen, über ihre Themen zu sprechen oder auch mit ihnen Themen zu besprechen. Es ist ein lebhafter Austausch zum Beispiel darüber entstanden, wie es ist, wenn Eltern und Kinder mit zwei oder drei Kulturen im Gepäck unterwegs sind. Was habe ich als Elternteil für Herausforderungen zu meistern und welche das Kind? Wie können wir es als Eltern schaffen, dass unsere Kinder gut ankommen und gute Chancen haben?“ Begeistert berichten die Expertinnen von den positiven Rückmeldungen, die sie erhalten und so lauten: „Früher haben wir nur ‚Hallo‘ gesagt und jetzt umarmen wir uns. Jetzt sind wir Freund*innen und die Fremden nicht mehr fremd. Obwohl sie teilweise schon drei Jahre in der Kita waren.“

Interkulturelle Begegnung sei eine Querschnittsaufgabe und kein Wochenprojekt, sagen Pelin Yigit und Catrin Renzelmann, und die Umsetzung sei immer mit Arbeit verbunden. Mit Arbeit an sich selbst und an der eigenen Haltung. Für die rassismuskritische Migrationspädagogik sei außerdem die Bereitschaft nötig, „altes Wissen infrage zu stellen und neues Wissen zu produzieren und zu erweitern“, formuliert Fidan Yiligin.

Kitas zu rassismuskritischen Orten machen

Kitas müssten in die Lage versetzt werden, eine rassismuskritische Organisationsentwicklung voranzutreiben: „Das Ziel ist hier nicht, die unterschiedlichen Lebensentwürfe zu leugnen. Vielmehr geht es darum, die Mechanismen der Hierarchisierung zu entlarven, die das Denken, Fühlen und Handeln in ein ‚Wir‘ und ‚die anderen‘ produziert und damit reproduziert und aufrechterhält. Dazu zählt zum Beispiel, dass alle Sprachen gleich

viel wert sind – nichtkoloniale genauso wie koloniale Sprachen“, erklärt Fidan Yiligin. Optimal sei es, wenn das Team die Kinder widerspiegelt, die die Kita besuchen.

Den meisten sei gar nicht bewusst, dass sich die Kinder in ihrer Kita nicht repräsentiert fühlen: „Viele Kitas haben im Eingangsbereich ein Schild, auf dem ‚Herzlich willkommen‘ in allen möglichen Sprachen steht. Aber wenn das alles war, dann ist das zu wenig. Man kann mit einfachen Dingen, viel bewirken“, sagt Catrin Renzelmann. „Wir geben ganz praktische Hinweise: Werden die internationalen Familiengeschichten in der Kita sichtbar? Wenn es eine Verkleidungskiste gibt oder eine Rollenspielecke – welche Kostüme gibt es da? Welche Verpackungen stehen in der Spielküche? In Bilderbüchern hat sich in den letzten Jahren einiges geändert. Hat die Kita die Möglichkeit, neue Bücher anzuschaffen? Oder in puncto Malstifte: Ist in der Kita die ganze Farbpalette für Hautfarben vorhanden?“

Kinder seien in der Lage, verschiedene Perspektiven einzunehmen, und es sei wichtig, in der Kita zum Beispiel die Werte der Einrichtung vorzuleben, damit die Kinder sich daran orientieren und eigene Werte entwickeln könnten. „Wir versuchen, die Erzieher*innen immer positiv zu bestärken“, sagt Pelin Yigit. „Sie leisten systemrelevante Arbeit und können den Kindern ganz viel mitgeben.“ //

Sherin Krüger
freie Journalistin



VORURTEILSBEWUSSTES SPIELMATERIAL

Hautfarbenstifte oder Spielzeug, das internationale Familiengeschichten und verschiedene Familienkonstellationen zeigt sowie Rollenzuschreibungen durchbricht, sind Beispiele für vorurteilsbewusstes Spielmaterial in der Kita. Da sich Kinder ihr Wissen über die Welt anhand von Spielmaterial und Büchern aneignen, ist es von besonderer Bedeutung, bei der Auswahl den Vielfaltsaspekt zu berücksichtigen. So kann Kindern vermittelt werden, Vielfalt als Bereicherung wahrzunehmen, und zugleich erfahren alle Kinder Zugehörigkeit und Anerkennung. Gesellschaftliche Machtverhältnisse und die Selbstverständlichkeit von Diskriminierung werden durch die Bereitstellung von vorurteilsbewusstem Spielmaterial nicht weitertransportiert. Pädagogische Fachkräfte müssen sich immer fragen: Nach welchen Kriterien werden Spielmaterial und Bücher ausgewählt? Wer wird dabei repräsentiert?

Unterstützung und Inspiration bietet beispielsweise die Fachstelle Kinderwelten – Institut für den Situationsansatz. Dort gibt es neben konkreten Listen zu vorurteilsbewusstem Spielmaterial und Empfehlungen für Kinderbücher auch Handreichungen mit Kriterien, die Fachkräfte verwenden können, um Material kritisch zu prüfen. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V. bietet unter anderem die Fortbildung *Das interkulturelle Spielzimmer: In Vielfalt GROSS werden!* an, die sich an pädagogische Fachkräfte und Eltern richtet. Neben konkreten Anregungen für die Auswahl von Spielmaterial erhalten die Teilnehmer*innen beispielsweise bei Bedarf Unterstützung, die Praxisarbeit zu reflektieren und sich über den Umgang mit Verschiedenheit auszutauschen. //

Fachstelle Kinderwelten

situationsansatz.de/fachstelle-kinderwelten

*Das interkulturelle Spielzimmer:
In Vielfalt GROSS werden!*

tinyurl.com/fortbildung-spielzimmer



+++

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit NRW
Broschüre: *Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln*

tinyurl.com/ida-broschuere

Türöffner e. V.: Alles zur Integrationsagentur und zum Verein, der Bildung, Beratung und Begegnung bietet

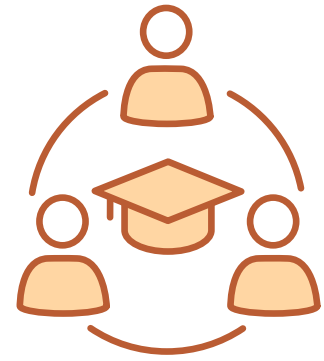
tueroeffner-aachen.de

Fortbildung des Bildungswerks Aachen
LebensWelt Kita – Interkulturelle Begegnung

tinyurl.com/interkulturelle-begegnung

Hallo, ich bin Eva.

„Each one teach one.“



Name und Alter:

Eva Caspers, 37 Jahre

Ich arbeite als:

Lehrerin an einer Gesamtschule

Das ist meine Funktion in der GEW NRW:

Leitung der (Bezirks-)Fachgruppe Gesamtschule Köln gemeinsam mit Nick Bauermeister

Aus diesem Grund bin ich Mitglied geworden:

Während meines Studiums fand ich die Lernbedingungen für Lehrämter an der Uni unangemessen ausgestaltet in Bezug darauf, wie wichtig unser Job ist. Diese wollte ich verbessern. Als ich bei meinem ersten Treffen des Landesausschusses für Studierende (LASS) die damalige Jugendbildungsreferentin Frauke Rütter kennenlernte, war die Sache geritzt.

Gewerkschaft bedeutet für mich:

Einerseits komplizierte Absprachewege und langsame Mühlen. Viele Kolleg*innen agieren leider auch mit Gatekeeper-Mentalität und nehmen sich selbst in der Funktion oft zu wichtig. Andererseits gibt es in meinen Gremien, der jungen GEW und dem Kölner Stadtverband tolle Kolleg*innen, die mich immer wieder motivieren, mit denen ich super zusammenarbeite und die für die gleichen Dinge streiten, die auch mir am Herzen liegen.

Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

Redaktion

Vanessa Glaschke, Anja Heifel-Rohden
Stefan Brackertz, Sabine Flögel (verantwortliche
Redakteur*innen)

E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de
leserbrief@lautstark-magazin.de

Layout, Design, Illustration und Bildredaktion

büreau – raum für gestaltung

Layout und Satz des Onlinemagazins

büreau – raum für gestaltung, Alica Kronenberg

Lektorat

Ulrike Dorgeist, Silvia Michel

GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen
Telefon: 0201 294 030 1, Fax: 0201 294 035 1
E-Mail: info@gew-nrw.de

Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Geschäftsführung: Fritz Junkers
Telefon: 0201 2940306, Fax: 0201 2940314
E-Mail: office@nds-verlag.de

Anzeigen

Sabine Biermann
Telefon: 0201 294 030 6, Fax: 0201 294 031 4
E-Mail: office@nds-verlag.de
Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 01.07.2022.

Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

Papier

Umschlag: Envirotop, 190 g / m²
Innenteil: Envirotop, 80 g / m²

Auflage

46.000, Erscheinungsweise: 6 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printausgabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen, jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen und nur die frei zugängliche Onlineveröffentlichung (PDF) unter lautstark-magazin.de nutzen. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind in Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

Titelillustration: yanadjana / freepik.com

lautstark-magazin.de

gew-nrw.de

nds-verlag.de



Das für die lautstark. verwendete Papier ist ein 100-prozentiges Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

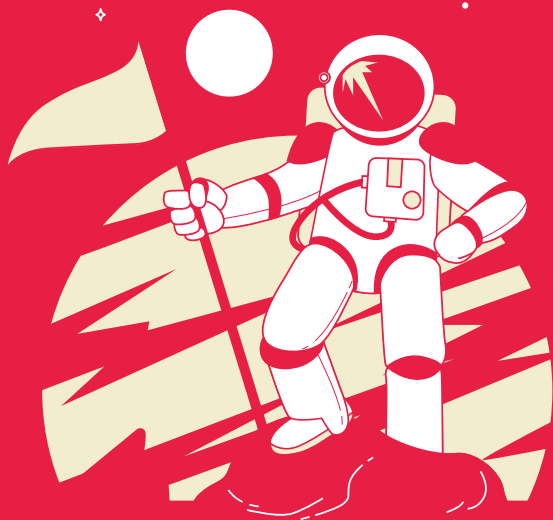
lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM
20. DEZEMBER 2022

New Work in Schule: Wie willst du arbeiten?

Spätestens durch Corona und dem Leben im Lockdown dürften auch die Letzten verstanden haben: Die Arbeitswelt von morgen ist eine andere. Arbeiten funktioniert von überall, die Digitalisierung ermöglicht neue Formen der Zusammenarbeit. Immer mehr Menschen wünschen sich sinnstiftendes Arbeiten und eine bessere Work-Life-Balance. Kann sich auch der Bildungsbereich in NRW etwas vom Trend anschauen? Welche Chancen und Grenzen gibt es für den Arbeitsplatz Schule? Und wie werden Schüler*innen auf die Berufswelt von morgen vorbereitet?

(K)EIN GROSSER SCHRITT FÜR DEINE ZUKUNFT!



Am 1. November 2022 beginnt für viele neue Lehramtsanwärter*innen der Vorbereitungsdienst in den Schulen. Mit der Bildungsgewerkschaft im Rücken und deiner Unterstützung vor Ort können sie gut und sicher starten.

Mehr Infos für Berufseinsteiger*innen
gew-nrw.de/referendariat

JETZT NEUE MITGLIEDER WERBEN!

gew-nrw.de/mitglieder-werben